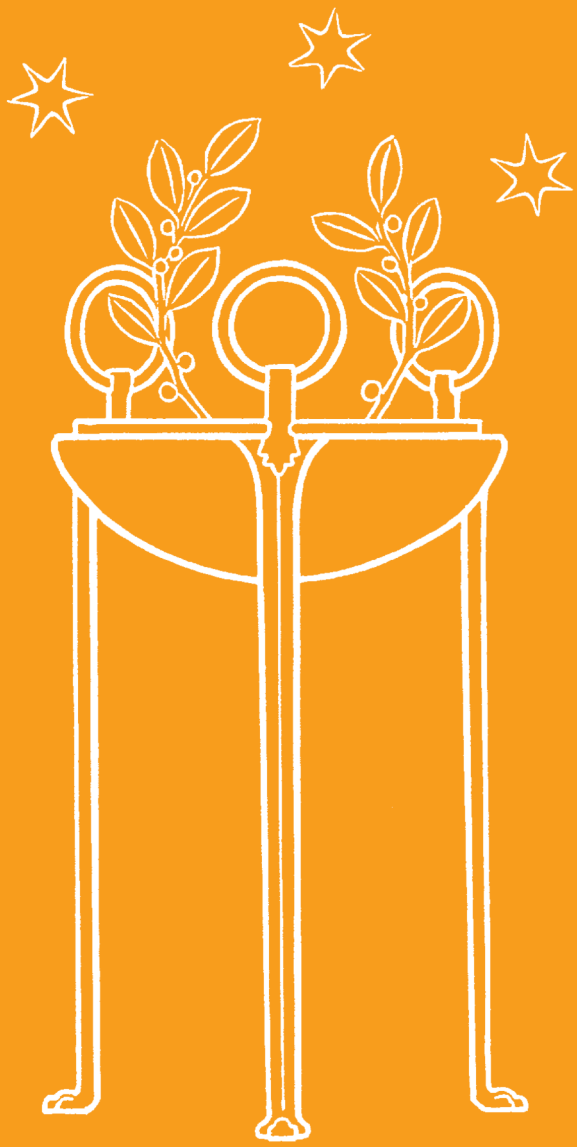

Fragen der Freiheit

Heft 247
April–Juni 1998

Arbeit – Ware – Markt

Ich weiß, daß mir nichts angehört
als der Gedanke, der ungestört
aus meiner Seele will fließen,
und jeder günstige Augenblick,
den mich ein liebendes Geschick
von Grund aus läßt genießen.

Goethe

FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 247

April–Juni 1998

seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (0 71 64) 35 73

Inhaltsverzeichnis

Seite

Gerhardus Lang
Zur Anthropologie der Arbeit 3–19

Fritz Andres
Bemerkungen über Boden, Bodenschätze und Arbeit,
Eigentum, Wohlstand und Verteilung 20–37

Kurt Biedenkopf
Die soziale Marktwirtschaft in der Bewährung 38–54

Seminar für freiheitliche Ordnung
Tätigkeitsbericht 1997 55–59

Buchbesprechungen

Claus Rasmus
Lothar Vogel: Nosos – Pathos – Ethos 60–61

Hugo Godschalk
Wolfram Engels: Der Kapitalismus und seine Krisen 62–63

Fehlerberichtigung 54

Die Mitwirkenden dieses Heftes 59

Zur Anthropologie der Arbeit*)

Gerhardus Lang

Zur Anthropologie

Das Thema meines heutigen Vortrags lautet: Zur Anthropologie der Arbeit. Anthropologie heißt in der Übersetzung ins Deutsche »Menschenkunde« und beschäftigt sich als wissenschaftliche Anthropologie z. B. mit der Herkunft des Menschen, mit seiner Abstammung. Anthropologie wird aber im weiteren Sinne auch als ein philosophisches Gebiet betrachtet. Man beschäftigt sich dabei mit der Frage nach dem Wesen des Menschen, damit, worin er sich von anderen Dingen dieser Welt unterscheidet usw., um den Menschen als solchen zu erfassen.

Im Studium der Medizin wird über die Anthropologie kein Wort geredet, so daß dieses Fach im Bewußtsein der Mediziner sehr unterrepräsentiert ist. Es ist aber auch sonst sehr unterrepräsentiert. Im wesentlichen wird sich kein Theologe und kaum ein Jurist mit Menschenkunde beschäftigen, sondern man beschäftigt sich eben mit seinem Fach. Aber da schließlich alle diese Dinge sich um den Menschen drehen, wäre es eigentlich nicht unpassend und unnütz, wenn man sich über das Wesen des Menschen etwas mehr Gedanken machen würde.

Es ist der Sinn meines Vortrags, der Frage nachzugehen, wie das Wesen des Menschen in bezug auf die Arbeit beschaffen ist und worauf man Rücksicht nehmen muß, wenn man sich über diese Frage unterhält. Schließlich geht es bei diesen ganzen Veranstaltungen über Betriebe, Wirtschaft und Politik um den Menschen – obwohl dies den meisten gar nicht bewußt ist. Politik wird heute als ein Spektakel angesehen, bei dem es um die Macht geht, aber nicht um den Menschen. Wirtschaft wird als ein Spektakel angesehen, bei dem es um Geldverdienen und um Profit, aber nicht um den Menschen geht. In der Schule wird auch das Wesen der Veranstaltung darin gesehen, Staatsbürger oder nützliche Mitglieder der Gesellschaft zu erziehen oder Kinder mit einer gewissen Ausbildung zu versehen, damit sie sich im Dschungel der Gegenwart einigermaßen zurechtfinden. Aber es wird nicht danach gefragt, wem das Ganze eigentlich dient. Diese Frage wird leider

*) Vortrag, gehalten auf der Tagung »Arbeit und Kapital im Unternehmen – Strukturen von gestern für Unternehmen von morgen?« des Seminars für freiheitliche Ordnung am 21. März 1998 in Bad Boll.

viel zu selten gestellt. Es ist aber ganz nützlich, wenn wir uns fragen: Wozu dient eigentlich die Arbeit, was ist der Sinn der ganzen Arbeit? Dieser Frage wollen wir heute abend nachgehen.

Arbeit als Phänomen in der Natur?

Arbeit ist etwas, das es sonst in der Natur in diesem Sinne nicht gibt. Man kann zwar sagen: ein Pferd arbeitet, oder man läßt ein Pferd arbeiten. Das würde aber ein Pferd nicht von alleine tun. Ein Pferd, das durch die Wildnis läuft, pflügt nicht. Es frißt Gras und bekommt Junge, um seinen Lebenszweck zu erfüllen. Aber es arbeitet im eigentlichen Sinne nicht. Man kann vielleicht sagen: der Biber arbeitet, um sich einen Bau herzustellen; oder der Storch macht sich ein Nest. Es ist aber keine Arbeit im eigentlichen Sinn. Man hat noch keinen Storch gesehen, der sich vorher einen Plan macht. Er weiß es instinktiv, daß er sich irgendwelche Zweige holen muß, und die legt er in einer Weise zusammen, wie dies Störche eben tun und schon seit Jahrtausenden immer getan haben. Und sie können dies gar nicht anders tun. Wenn die Jahreszeit gekommen ist, bauen sie ein Nest, legen ihre Eier hinein und brüten ihre Jungen aus. Dies ist keine Arbeit, die nach einem bestimmten Plan geschieht. Es ist nichts Neues, es ist immer das Gleiche. So kann man auch nicht sagen: eine Maschine, ein Roboter arbeitet. Das Wort »Robot« kommt zwar von Arbeit. Man sagt: diese Roboter arbeiten. Aber sie arbeiten eben auch nicht, sondern sie funktionieren nach Plan, nach dem Plan, den ein Mensch gemacht hat. Und sie können nur das machen, was dieser Plan letztendlich vorgibt.

Nur der Mensch arbeitet in einer ganz bestimmten Weise, nämlich so wie er das eigentlich will. So sollte es jedenfalls sein. Es gibt natürlich auch Arbeiten, die getan werden müssen, weil andere das wollen. Früher hat man Menschen in der Gefangenschaft gehalten – das nannte man Sklaverei – und diese Gefangenen mußten dann tun, was andere wollten, und nicht, was sie selber wollten. Aber auch in der Sklaverei ist es sicherlich so gewesen, daß der Mensch, der dort gearbeitet hat, eine gewisse Selbständigkeit gehabt hat, daß er zwar bestimmte Aufträge ausführen mußte, ihm aber doch überlassen blieb, wie er sie im einzelnen ausführte. So konnte auch der Sklave ein bißchen von seinem Menschentum verwirklichen, nämlich etwas tun, so wie er das wollte.

Was entsteht bei der Arbeit? Bei der Arbeit entstehen Dinge, die nicht entstehen würden, wenn der Mensch nicht arbeiten würde. In der Natur entstehen zwar auch dauernd irgendwelche Dinge: Es wachsen Bäume, die Flüsse bewegen das Gestein vorwärts, und so werden ständig gewaltige Energien

umgesetzt in Tätigkeit, und die Tätigkeit führt zu gewissen Ergebnissen, so daß man auch sagen könnte: Nach dem physikalischen Gesetz ist das Arbeit, nämlich Kraft mal Weg. Es ist aber nicht Arbeit im eigentlichen Sinne, sondern eben nur Umsetzung von Energie, die bestimmte Veränderungen in der Welt hervorruft, auch wenn es sich z. T. um gewaltige Energien handelt. Wenn man überlegt, wie das ganze Wasser durch die Wärme in die Luft hochsteigt, dann über weite Strecken transportiert wird, sich Wolken bilden und das Wasser schließlich als Regen wieder herunter kommt – wenn der Regen in gewaltiger Menge kommt, kann er allerhand anrichten, z. B. Überschwemmungen. Gewaltige Energien sind ständig zugange, alles Mögliche zu schaffen. Aber das ist nicht mit Arbeit gemeint, weil es einfach nur Änderungen mit sich bringt, die aufgrund der Naturgesetze eintreten.

Exkurs über den Egoismus beim Menschen und in der Natur

Jetzt können wir fragen: Wozu arbeiten wir als Menschen? Was ist unsere Triebfeder? Dazu müssen wir uns zuerst einmal darüber unterhalten, was eigentlich den Menschen ganz allgemein charakterisiert? Man kann sagen, daß, wenn der Mensch in die Welt eintritt, er zunächst sehr klein ist. Er ist so klein, daß man ihn mit bloßem Auge nicht sehen kann. Das befruchtete Ei kann man nur unter dem Mikroskop wahrnehmen. Dann wächst er heran, zunächst mit großer Geschwindigkeit, er verdoppelt ständig seine Physis, seine physische Körperlichkeit, so daß er bald in Erscheinung tritt und wir ihn als Embryo mit bloßem Auge wahrnehmen können. Er wiegt am Ende dieser embryonalen Entwicklung so 3–5 kg. Dann wird er zur Welt gebracht, d. h. geboren.

Man muß vielleicht noch betonen, daß in der Schwangerschaft – wenn eine Frau diesen Menschen austrägt – etwas eintritt, was den Menschen sehr charakterisiert. Wir wissen alle aus dem Naturkundeunterricht, daß jedes Säugetier eine sog. Placenta bildet, also einen Mutterkuchen, und dieser Mutterkuchen ist beim Menschen so beschaffen, daß er sich in die Wand des mütterlichen Uterus hineinfrißt. Kein anderes Wesen, kein Säugetier auf der Welt geht derartig agressiv mit seiner Mutter um wie der Mensch. Der Mensch frißt seine Mutter schon in diesem Stadium förmlich auf. Es geht fast schief. Es ist ein Wunder, daß der Uterus dies aushält, die Schranke zwischen Mutter und Kind ist dort am geringsten. Bei den Säugetieren ist die Schranke wesentlich stärker aufrechterhalten, es wird also wesentlich weniger Schaden angerichtet während der Schwangerschaft als bei den Menschen. Mit der Geburt wird diese Wunde dann geschlossen. Dann ist dieser Säugling geboren, und jeder, der Kinder hat, weiß: es geht vom ersten Tag

an los mit dem Geschrei. Das Geschrei kann man nur mit bestimmten Maßnahmen stillen, das nennt man dann »Stillen«. Die Mutter stillt dann den Schreihals. Er schreit ja Tag und Nacht, alle 4 Stunden kommt er und zwischendurch schläft er. So ist er doch ein kleiner Schmarotzer. Es ist eine gewisse Schmarotzerei, und das nehmen wir auch in Kauf – denn es geht schließlich nicht anders. Dann macht er sich ziemlich breit und ist sehr gierig nach den Dingen, die ihm da entgegengebracht werden. Das verlangt er ohne Rücksicht auf Verluste von den anderen.

So kann man schon sagen, daß der Mensch von seiner Veranlagung her ein ganz großer Egoist ist. Er ist überhaupt nicht als soziales Wesen veranlagt, sondern zunächst tritt er als absoluter Egoist in die Welt. Das zeigt sich in den ersten Lebenswochen und -monaten und auch noch in den ersten Lebensjahren sehr deutlich. Das Kind beansprucht sein Recht in dieser Zeit außerordentlich stark. Von Natur aus ist es zunächst ganz darauf gerichtet, sein eigenes Dasein als das hauptsächliche Dasein anzusehen und seine Bedürfnisse zu befriedigen. Und das setzt sich im späteren Leben durchaus fort. Wir haben alle einen gesunden Egoismus. Man sagt ja, einen gesunden Egoismus sollte jeder haben, und der, der den nicht hat, ist ein armer Teufel.

Wenn wir uns die übrige Natur dagegen anschauen, so finden wir nirgendwo so viel Egoismus. Gucken wir uns doch die Pflanze an. Die steht ganz brav auf der Erde und wartet bis der Regen kommt oder die Sonne scheint, der Wind sie bestäubt oder ein Tier kommt, die Frucht auffrißt und den Samen irgendwo hinträgt usw. Es ist sehr wenig Egoismus dabei. Man sagt zwar, daß sie sich anstrengt, um durchzukommen, daß sie also wächst, daß sie versucht, nach oben ans Licht zu kommen und dabei die andern manchmal in den Schatten stellt. Man kann beobachten, wie die Bäume schlank werden, wenn sie sehr dicht stehen, weil jeder versucht, nach oben ans Licht zu kommen. Das ist aber auch alles. Mehr Egoismus ist da nicht zu finden. Produktion von Samen – damit erschöpft es sich. Gut, es wird allerhand überflüssiges produziert, z. B. schöne Blüten. Aber das muß nicht unbedingt sein. Die Pflanzen, die das nicht haben, kommen auch durch. Also wird da auch schon ein gewisser Luxus produziert. Man könnte sagen, das wäre Kultur, Pflanzenkultur. Auf alle Fälle ist das aber sehr zurückhaltend. Es ist sehr wenig Eigenes, was sich da durchsetzen will gegenüber anderen.

Beim Tier ist das schon ganz anders. Das Tier zeigt im Kampf ums Dasein erheblichen Egoismus, erhebliche Mühen, sein Eigensein aufrechtzuerhalten. Fressen oder Gefressenwerden ist bei ihm das Hauptthema. Gegen das Gefressenwerden wehrt es sich in gewissem Grad. Aber sonst kann man sagen, daß hier auch instinktiv etwas da ist, was unüberwindlich ist, nämlich die Fürsorglichkeit für die Nachkommenschaft. Das zeigt sich vor allem beim Säugetier, aber auch schon bei niedrigeren Tieren wie z. B. Insekten. Es ist er-

staunlich, was da für eine Brutpflege bereits betrieben wird, was man also alles tut, um die Nachkommenschaft mit dem zu versorgen, was sie braucht. Es ist sehr viel Fürsorglichkeit da, und das tun diese Tiere auch instinktiv. Aus sich heraus machen sie da etwas, wovon man denken könnte, ja sie sind ja gar nicht so furchtbar egoistisch, sie tun ja alles für ihre Nachkommenschaft.

Es ist der Egoismus der Art. Jede Art will sich sozusagen selbst erhalten. Aber wer will das so genau wissen? Was steckt denn eigentlich dahinter, hinter diesem Prinzip: Erhaltung der Art? In der Naturwissenschaft geistert die Anschauung herum, daß da ein Sinn wäre, der in der Art lebt. Aber wer hat den Tieren diesen Sinn gegeben, die Art zu erhalten? Wir können nur feststellen, daß sie sich tatsächlich so verhalten. Aber es ist nicht so, daß hier beschlossen wird: Wir wollen unsere Art erhalten durch diese Maßnahmen. Das ganze Dasein erschöpft sich in der Reproduktion der Art. Aber auch da sehen wir – wie bei den Pflanzen – einiges an überflüssigen Dingen, das über die reine Arterhaltung hinausgeht. Da sagen die Zoologen: das dient auch der Arterhaltung. Die bunten Federn und das schöne Fell, die ganzen attraktiven Dinge, die es da gibt, die aber nicht unbedingt sein müßten. Man kann auch etwas weniger auffallend seine Art erhalten. Das zeigen die Tiere, die nicht so einen Aufwand treiben. Manche – wie z. B. der Pfau – machen ein gewaltiges Theater, und man weiß gar nicht, warum sie das eigentlich tun. Sie tun es einfach – man könnte fast sagen – aus einem gewissen Gefühl des Luxus heraus. Die Natur leistet sich hier so allerhand Luxus, der uns natürlich erbaut. Wir können in den Zoo gehen und die ganzen Vorgänge bewundern, aber auch in der Natur draußen können wir direkt sehen, daß es da manches gibt, was über das normale Mittelmaß hinausgeht.

Der Mensch nun ist ein Wesen, welches von diesen Dingen durchaus auch einiges hat. Wir haben unseren Geschlechtstrieb, wir haben auch gewisse Instinkte. Der Mutterinstinkt ist auch beim menschlichen Wesen vorhanden. Normalerweise sorgen Mütter für ihre Kinder, und zwar meistens besser als Väter. Die Männer können auch Fläschchen geben, sie haben aber meistens ein dickes Trommelfell und lassen sich nicht so schnell im Schlaf stören, wenn das Kind schreit oder wenn Krankheiten auftauchen. Trotzdem ist es so, daß es nicht immer ein »Schleckhafen« (wie die Schwaben sagen) ist, die Kinder aufzuziehen, sondern es wird doch oft geklagt und gestöhnt über die vielen Dinge, die man da als Eltern tun muß. Es muß der eigene Egoismus oft zurückgeschraubt werden, um dem Kind gerecht zu werden.

Erst ganz langsam durch Erziehung und Vorbilder usw. entwickelt sich dann etwas, was diesen Menschen zu einem halbwegs sozialen Wesen macht. Man muß sich fragen, ob eine zusätzliche Veranlagung vorhanden ist, um ein soziales Wesen zu werden. Ob da im Menschen also etwas drinliegt, was von sich aus eine soziale Entwicklung nehmen will, oder ob das

nur das Produkt der Erziehung und der Anpassung bzw. Nachahmung ist. Wir wissen, auch wenn der Mensch ein soziales bzw. zivilisiertes Wesen geworden ist, daß – wenn die Umstände entsprechend sind –, doch auch sehr rasch seine Triebnatur wieder durchbricht. In Kriegen und Notzeiten hat man immer wieder erlebt, daß die Mehrzahl der Menschen in solchen Situationen nur noch ihren Instinkten, Trieben und Notwendigkeiten folgt. Es kommt sogar vor, daß die Menschen in solchen Zeiten einander auffressen. Wir sehen also, daß beim Menschen so einige Dinge da sind, die uns ständig ein bißchen anhaften, weswegen Mephisto im Faust vom Menschen sagt: »Ein wenig besser würd er leben, hättst Du ihm nicht den Schein des Himmelslichts gegeben; er nennt's Vernunft und braucht's allein, nur tierischer als jedes Tier zu sein«. Diese tierische Natur im Menschen ist sehr deutlich vorhanden, und sie kommt immer wieder zum Vorschein. – Das war ein kleiner Exkurs über den Egoismus des Menschen, den wir unbedingt im Auge haben müssen, wenn wir seine sozialen Komponenten untersuchen.

Die anthropologische Notwendigkeit der Arbeit

Wir kehren jetzt wieder zurück zur Arbeit. Sie dient zuerst einmal dazu, uns den Lebensunterhalt zu verschaffen. Das Tier nimmt nur das, was ihm zur Verfügung steht. Der Mensch tut etwas mehr. Er baut Pflanzen an und hält Tiere, um das zu bekommen, was er braucht, um sein Eigensein zu behalten bzw. zu behaupten. Die Last der Arbeit wird schon im Alten Testament beschrieben nach der Vertreibung aus dem Paradies. Da hieß es schon, daß der Mensch im Schweiße seines Angesichts sein Brot verdienen muß und daß dies wie ein Fluch auf der Menschheit lastet, obwohl von einem Fluch dort gar nicht direkt die Rede ist. Arbeit war sozusagen am Beginn des Menschengeschlechts schon da. Damit wurde dokumentiert, daß Arbeit für das Menschengeschlecht etwas ganz Spezifisches ist. Nirgends in der Bibel wird davon berichtet, daß die Tiere arbeiten.

Arbeit ist also von Anbeginn da, lange auch bevor es Geld gab. Aus dem Zusammenleben der Menschen ergab es sich dann, daß sie anfingen, die Arbeit zu teilen. Das zeigt sich auch in der Parabel von Robinson Crusoe. Es ist ja bekannt, wie Robinson einsam auf seiner Insel vegetierte und von den Arbeitsprodukten, die er vom Schiff gerettet hatte, mit Not überlebte. Sein Leben wurde erst etwas komfortabler, als ein Geselle, Freitag[1]) hinzukam, den

[1]) Es ist sicher ein gewollter »Zufall«, daß ausgerechnet am Freitag dieser »neue Mensch« auftauchte und danach seinen Namen bekam: denn er verschaffte dem Robinson ca. 50 % mehr Freiheit als er vorher besaß.

er von den Menschenfressern befreit hatte. Robinson konnte nun seine Arbeit, sein Schicksal mit Freitag teilen. Diese Teilung der Arbeit hat sich als sehr fruchtbar herausgestellt, da einer mit anderen zusammen doch wesentlich mehr zustande bringt als für sich alleine. Zunächst hatte man also von der Arbeit Nutzen für sich selbst – ohne Nutzen für die anderen –, aber dann hat man auch Dinge produziert, die anderen nützlich sind, die man im Austausch gegen deren Leistungen anbieten kann.

Was liegt da nun bei der menschlichen Arbeit vor? Wie gesagt: Das Tier wird bei seinen Tätigkeiten von seinen Instinkten geführt und bleibt in seinem begrenzten Kreis eingeschlossen. Der Mensch dagegen hat diese instinktiven Triebe und Fähigkeiten, die das Tier hat, um seine Existenz zu gewährleisten, überhaupt nicht. Er wird vielmehr sozusagen als ein frühgeborener Embryo zur Welt gebracht. Er ist noch gar nicht fertig, er hat noch sehr viel Ähnlichkeit mit dem Embryo, viel mehr als jedes Säugetier. Jedes Säugetier ist wesentlich besser ausgeprägt und spezialisiert, wenn es zur Welt kommt als der Mensch. Der neugeborene Mensch sieht dem embryonalen Zustand noch am ähnlichsten und bleibt ihm auch sein ganzes Leben lang relativ ähnlich, indem alle die Dinge, die beim Tier als spezielle Werkzeuge, Gliedmaßen ausgeprägt sind, beim Menschen rudimentär bleiben, überhaupt nicht irgendwie perfektioniert werden. Die menschliche Hand ist so ein rudimentäres Organ, das einen Zustand beibehält, der in der embryonalen Entwicklung bereits so ist. Sie bleibt einfach so. Wir bilden daraus keine Flügel, wir bilden daraus keine Krallen – höchstens, wenn wir unsere Fingernägel etwas verlängern mit Hilfe der Kosmetik, dann können krallenähnliche Gebilde entstehen. Aber das ist etwas Künstliches. Wir Menschen müssen uns diese ganzen Dinge, die das Tier von der Natur für seinen Bedarf mitbekommt auf seinen Weg, erst schaffen. Wir sind in dieser Hinsicht etwas schlecht versorgt, zurückgeblieben.

Samuel Hahnemann hat dies in seinem ersten Werk, mit dem Titel »Heilkunde der Erfahrung« sehr schön beschrieben. Ich will daraus ein paar Sätze vorlesen: »Als Tier war der Mensch hilfloser erschaffen als alle übrigen Tiere. Er hat keine angeborenen Waffen wie der Stier zur Verteidigung, keine dem Feinde überlegene Schnelligkeit wie das Reh, keine Flügel, keine Schwimmfüße, keine Flossen, keine der Gewalt undurchdringliche Schale wie die Schildkröte, keinen von der Natur dargebotenen Schlupfwinkel wie sie unzähligen Insekten und Würmern zur Sicherheit offen stehen, keine den Feind entfernende physische Eigenschaft, die den Igel und die Zitterroche furchtbar machen, nicht den Stachel der Bremse oder ein Viperngift am Zahne. Allen Anfällen feindseliger Tiere ist er bloßgestellt, wehrlos. Auch der Übermacht der Elemente und der Meteore hat er als Tier nichts entgegenzusetzen. Er besitzt gegen die Fluten nicht das glänzende Haar der Robbe, nicht

die dichte, fette Feder der Ente, nicht das glatte Schild der Wasserkäfer, sein gegen das Wasser nur um eine Kleinigkeit leichtere Körper schwimmt unbehilflicher als der jedes andern vierfüßigen Tieres mit naher Todesgefahr. Ihn schützt nicht, wie den Eisbär oder den Eidervogel, eine dem Boreas undurchdringliche Decke usw.« Er schildert also die ganze Mangelhaftigkeit des menschlichen Daseins. Dann sagt er: »Wo ist die Güte des Schöpfers, die den Menschen und ihn allein unter allen Tieren der Erde in den Bedürfnissen enterben konnte?« Er sagt weiter: »Siehe, der Urquell der Liebe enterbte den Menschen nur seiner Tierheit, um ihn desto reicher mit dem Funken der Gottheit, einem Geiste auszustatten, welcher dem Menschen die Fülle aller Bedürfnisse und alles erdenkliche Wohlseins aus sich selbst hervorbringe und aus sich selbst die namenlosen Vorzüge entwickle, welche den Erdensohn über alles, was da lebe, emporheben, – einem Geiste, welcher selbst unvernichtbar, auch seiner Hülle, der zerbrechlichen Tierheit stärkere Mittel zur Erhaltung, zum Schutze, zur Verteidigung, zum Wohlbehagen zu erschaffen befähigt ist, als keine der begünstigten Naturen unmittelbar von der Natur erhalten zu haben, sich rühmen kann.« Weiter: »Nicht was die rohe Natur darbietet, sollte die Grenze der Abhilfe unserer Bedürfnisse bleiben. Nein, unser Geist sollte sie unbestimmbar weit zu unserem vollen Wohlbehagen erweitern können. So bot er uns Ähren voll Getreidekörnern aus dem Schoße der Erde an, nicht um sie roh und ungesund zu kauen und zu verschlingen, sondern um sie dienlich zu unserer Ernährung, enthülset, zerrieben, von allem Schädlichen und Arzneilichen durch Gärung und die Hitze der Öfen befreit und in Brot verwandelt, genießen zu können, als ein durch die Vervollkommnungskraft unseres Geistes veredeltes und nun erst unschädlich nährendes Produkt.« Die Dinge, die die Natur bietet, werden also durch den menschlichen Geist, insbesondere durch die menschliche Arbeit veredelt, um dem Menschen ein wesentlich höheres Dasein zu ermöglichen als es jeglichem Naturwesen sonst möglich ist.

Die kindliche Entwicklung – Spielen und Lernen

Wenn das Kind zur Welt kommt, ist es noch ganz ungeschickt, es braucht sehr lange, um z. B. auf eigenen Füßen zu stehen. Es braucht dazu ein ganzes Jahr. Am Anfang macht es gar keine Anstrengungen, es liegt einfach da. Mit der Zeit fängt es an, sich ein bißchen aufzurichten, zum Schluß hat es dann mit viel Mühe erreicht, zu stehen, und dann kann es tatsächlich ein paar Schritte alleine tun. Die Kinder empfinden das als unglaublich befreiend: Plötzlich können sie selber gehen! Sie freuen sich unheimlich darüber – die Eltern und vor allem die Großeltern natürlich auch. Es ist ein großes

Ereignis, auf den eigenen Füßen zu stehen. Es ist etwas, was den Menschen ein Leben lang verfolgt und was gar nicht so einfach ist. Immer wieder wird man von den eigenen Füßen heruntergestoßen und kann eben nicht so einfach sich wieder darauf stellen. Beim Gebrauch der Hände ist man am Anfang auch sehr ungeschickt, die Bewegungen sind sehr tapsig. Es wird nur langsam begriffen, daß man auch greifen kann, daß man etwas festhalten kann und daß man mit den Dingen umgehen kann.

Wir wissen ja, wie lange es braucht, bis ein Kind vernünftige Bewegungen macht. Es bleibt lange Zeit sehr zurückgehalten, aber jedes Kind – und das kann man auch beobachten – wendet sich in einer ganz eigenen Art der es umgebenden Welt zu. Und es beginnt auch recht früh, sozusagen zielgerichtet, diese Welt zu seiner eigenen Welt zu machen. Es ist etwas Erstaunliches, wie unterschiedlich die Kinder auf die Welt zugehen. Zuerst möchten sie die Welt rein physisch begreifen, auch mit dem Mund, und langsam fängt dann mit diesem Begreifen das Denken an, das ja auch ein Begreifen ist – ein Begreifen im übergeordneten Sinne. Sie sammeln ihre Erfahrungen in der Welt, und wenn sie etwas größer werden, geht es langsam über in eine eigenständige Gestaltung der Umwelt.

Mit dem Spielen versuchen die Kinder eine gewisse eigene Ordnung herzustellen. Diese Ordnung ist zunächst ziel- und zwecklos, die Kinder wollen damit nichts erreichen, sondern sie spielen mit den Dingen, um zu sehen, wie das geht. Mit der Zeit fangen sie dann an, bestimmte Zwecke zu verfolgen. Sie ziehen den Stuhl heran, um an das Regal zu kommen, wo die Schokolade liegt. Manche Kinder sind ja sehr helle, bevor sie überhaupt sprechen können; bevor sie ihren Gedanken Ausdruck verleihen können durch Sprechen, können sie offensichtlich schon zielgerichtet denken. Dies ist schon etwas Erstaunliches. Sie sind dabei weder von der Vernunft noch von ihrem Instinkt geleitet. Es kommt nicht irgendwie aus einem Instinkt heraus wie beim Tier, es bleibt eben ein Spiel.

Das hat Schiller gemeint, wenn er sagt: Nur dort ist der Mensch frei, wo er spielt, wo er also weder vom Vernunfttrieb noch vom Naturtrieb her zu seinen Handlungen gezwungen ist. Wo wir von den Vernunftgesetzen her gezwungen sind, so zu handeln, sind wir eben auch nicht ganz frei. Das spezifisch Menschliche, das sich am Anfang zeigt, ist das Spiel. Die Phantasie spielt dabei eine sehr große Rolle. Eine unglaubliche Produktivität zeigt sich in der Phantasie des Kindes. Es ist kaum zu begreifen, was die Kinder an Ideen haben, wie man mit den Dingen neu umgehen und alle möglichen neuen Spiele erfinden kann. Wir lachen oft über die drolligen Einfälle der Kinder. Drollig – damit meinen wir, daß es eben völlig eigenständige Einfälle sind. Da ist nichts, was irgendwo schon mal vorgegeben war. Das geht ja mit dem Sprechen los. Die Sprache ist auch nicht etwas, was angelernt wird,

etwas Eingetrichtertes ist, etwas Beigebrachtes wie z. B. später die Fremdsprache. Man könnte sagen, das Kind schöpft seine eigene Sprache selbst. Es läßt sich natürlich anregen durch das, was ihm vorgesprochen wird, es beginnt dann selber zu sprechen und auch selbst zu formulieren. Es sagt ja keine auswendig gelernten Sätze daher. Jeder Satz ist da eine eigene Schöpfung. Wenn ich hier rede, ist das auch eine eigene Schöpfung. Das geht aber schon beim Kind los: da wird überhaupt nichts auswendig Gelerntes geredet, sondern etwas, das aus der eigenen Tätigkeit herauskommt. Das Spielerische geht dann später über ins Lernen, wobei auch das Lernen zunächst vom Spiel kaum zu unterscheiden ist. Im Spiel lernt das Kind mit den Elementen, den Gegenständen umzugehen, mit all dem, was die Welt ihm bietet. Es beginnt mit dem Spiel, und das Lernen ist nur eine Fortsetzung, die Dinge etwas systematischer kennenzulernen. Dazu dient die Schule, um das Denken etwas weiter zu üben. Allerdings wird dabei sehr viel gesündigt, indem man zu sehr anfängt, die ganze Sache als Dressur zu veranstalten. Die Schule sollte eine weitere Anregung dieser schöpferischen Phantasie sein, die dann ein bißchen systematisiert werden könnte.

Also das Nachahmen – das kommt aus dem Menschen selber heraus. Neben diesem einzigartigen Egoismus zeichnet den Menschen die unglaubliche schöpferische Phantasie aus, die nun im Schaffen die Welt ergreift, und dieses »Schaffen« wird beim Kind spielerisch geübt mit großem Ernst und mit großer Hingabe. Das Kind betreibt sein Spiel viel ernster als wir Erwachsene unsere Arbeit. Wir verrichten unsere Arbeit viel oberflächlicher und nicht so hingebungsvoll wie das Kind. Das Kind spielt zunächst ohne Zweck und Nutzen. Aber auch dem Kind begegnet dann bald eine Welt, in der das Ziel, der Nutzen und die Aufgaben eine Rolle spielen. So fängt das Kind an auch zu sehen, daß da bestimmte Dinge zu bestimmten Zwecken gemacht werden. Es will auch einen Besen und eine Schaufel haben, es will auch graben und will auch kochen. Man sieht, daß das Kind sich schnell einklinkt in die zielgerichteten Tätigkeiten der Erwachsenen und langsam aber sicher in eigene zielgerichtete Tätigkeit übergeht. Das sind dann Dinge, die sich in der Schule und danach fortsetzen.

Womöglich will man einen handwerklichen Beruf erlernen, wo man auch Handfertigkeiten lernt, was heute leider vernachlässigt wird. Es wird vor allem in einem Alter vernachlässigt, wo es notwendig wäre, handwerkliche Fähigkeiten wirklich zu erlernen. Auch so zu erlernen, daß sie eine gewisse Perfektion bekommen. Es wäre sehr gut, wenn in der Schule neben der Schulausbildung auch eine ganz solide handwerkliche Ausbildung stattfinden würde, daß also jedes Kind – egal was es später beruflich wird – während dieser Zeit – ab dem 12.–13. Lebensjahr – ganz systematisch auch ein Handwerk erlernt, weil diese Ausbildung von praktischen Tätigkeiten

auch sehr starke Auswirkungen hat auf die späteren Fähigkeiten, mit geistigen Dingen umzugehen. Man braucht es später gar nicht auszuüben, aber wenn man es einmal gelernt hat, nämlich systematisch heranzugehen an irgendwelche Dinge, dann wirkt sich das äußerst günstig aus. Dann gibt es natürlich auch alle möglichen freien Felder, auf denen man sich bewegt, wo zwecklose Dinge passieren, so z. B. Sport, Spiel, Tanz, Kunst usw. Da passieren Dinge, mit denen kein Zweck verfolgt wird.

Charakterisierung der menschlichen Arbeit

Die Arbeitsteilung bedeutet ein Stadium der Menschheit, in dem ganz klar ist, daß wir eine Arbeit tun müssen, die eine relative Spezialisierung erfährt, und daß wir das, was wir tun, in den wenigsten Fällen für uns selbst tun, sondern fast immer für andere. Es heißt zwar: das stimmt gar nicht, der Mensch arbeitet ja, um Geld zu verdienen und deshalb tut er das, was er tut, für sich. Aber wir müssen uns einfach ganz real darüber im klaren sein, daß wir nie etwas für uns tun in der normalen arbeitsteiligen Wirtschaft, sondern daß wir fast alles für die andern tun. Wir sind also insofern auf alle Fälle soziale Wesen! Das Tier dagegen tut etwas immer nur für sich. Es gibt nur ganz wenige Dinge, bei denen das überschritten wird, z. B. bei der Brutpflege. Aber normalerweise ist es so, daß der Mensch, wenn er erwachsen ist und seinen Lebensunterhalt verdient, den größten Teil seines Lebens damit verbringt, etwas für andere zu tun in der arbeitsteiligen Wirtschaft.

In der Fertigstellung eines nützlichen Werkes, bei einer nützlichen Tätigkeit begegnen dem Menschen verschiedene Dinge. Einmal haben wir das Erlebnis des Könnens: wenn man bestimmte Elemente der Welt beherrscht, z. B. wenn man einen Bagger führen kann. Das kann nicht jeder. Ich z. B. kann das nicht. Man kann das natürlich lernen, aber es ist nicht so leicht, wie man feststellen kann, wenn man einem richtigen Baggerführer auf einer Baustelle zusieht. Das ist schon interessant, wie der mit den Massen da umgeht. Und so ist es ja bei allen Arbeiten, die wir so machen. Es ist etwas, was sehr befriedigend ist: dieses Erlebnis des Könnens. Man kann etwas ganz Bestimmtes, es ist schön, wenn man das Ergebnis seiner Arbeit vor sich hat. Die Arbeit ist da, wo sie auch zu einem körperlichen Ergebnis kommt, viel befriedigender. Wenn man 10 Ltr. Milch gemolken hat, das ist etwas sehr Befriedigendes. Es erfordert ordentlich Kraft, aber es führt zu einem Ergebnis.

Das nächste, was man bei einer nützlichen Tätigkeit erleben kann, ist die Anerkennung des Könnens durch andere. Auch dies ist etwas sehr Wichtiges. Der Mensch ist ja nicht nur tätig, um etwas Bestimmtes zu produzieren,

sondern er freut sich auch, wenn andere das loben. Das Kind freut sich, wenn es etwas zustande gebracht hat, der Lehrling freut sich, wenn der Meister ihn lobt. Ich freue mich auch, wenn mir der Patient sagt: »es hat sich wirklich gebessert, Herr Doktor, ich fühle mich viel wohler.« Die Anerkennung unseres Könnens ist wichtig, weil wir dadurch das Gefühl haben, daß wir nicht überflüssig sind in dieser Welt, und daß wir auch sozusagen geschätzt werden für unser Können. Der Nutzen des Ergebnisses unserer Arbeit wird oft im Preis gemessen. Der Preis ist sozusagen der Maßstab für die Nützlichkeit. Wenn ich also etwas für einen anderen machen soll, dann kommt es immer darauf an, was er dafür bietet. Wenn ich für eine Arbeit, für die ich mich 10 Stunden angestrengt habe, nur 10 DM bekomme, werde ich mich bald nach einer anderen Tätigkeit umsehen, die mir mehr einbringt. Dafür ist die Marktwirtschaft da. Sie setzt allerdings voraus, daß man die Ergebnisse gegenseitig austauscht – daß also ein Markt vorhanden ist, der als Begnungsstätte fungiert.

Marx charakterisiert die Arbeit im ersten Band des »Kapitals« in einer sehr treffenden Weise. Ich zitiere: »Bei der Arbeit haben wir es nicht mit den ersten tierartigen, instinktmäßigen Formen der Arbeit zu tun, wir unterstellen die Arbeit in einer Form, in der sie dem Menschen ausschließlich gehört.« Die Arbeit gehört dem Menschen, sagt er. »Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln; eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der Biene auszeichnet, ist, daß er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut. Am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das bei Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Nicht, daß er nur eine Formveränderung des Natürlichen bewirkt, er verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiß, der die Art und Weise seines Tuns als Gesetz bestimmt und dem er seinen Willen unterordnen muß.« Also er sagt, daß der Mensch sozusagen in der Arbeit andere Dinge seinem Willen unterordnet, daß das etwas ist, was den Menschen auszeichnet und daß dieser Prozeß Eigentum des Menschen ist; daß das etwas ist, was vom Menschen eigentlich nicht getrennt werden kann. Dies ist eine ganz wichtige Beobachtung, die Marx hier getroffen hat.

Dann gibt es weitere Charakterisierungen der menschlichen Arbeit. Wer sich sehr viel damit beschäftigt hat, das war Proudhon, ein ideller Gegenspieler von Marx. Sie waren eigentlich befreundet miteinander und begegneten sich auch, aber trotzdem waren sie einander feindlich gesinnt, was die Ansichten anging. Sie waren sehr gegensätzlicher Meinung. Proudhon hat sich über die Arbeit jedenfalls auch sehr viele Gedanken gemacht. Er sagt: »Die Arbeit ist die moralische und menschliche Ordnung, die im Bewußt-

sein gegeben ist, bevor die Notwendigkeit sie gebietet.« Proudohon sagt also, daß die Arbeit nicht unbedingt nur aus den Notwendigkeiten heraus erfolgt, sondern daß sie etwas ist, das vor der Notwendigkeit vorhanden ist. Sie ist nicht das Ergebnis eines zwingenden Prozesses, auch nicht das Ergebnis materieller oder daraus folgender gesellschaftlicher Gegebenheiten, wie Marx es bezeichnet hat. Marx hat gesagt, daß der Mensch sozusagen aus den Gegebenheiten heraus seine Tätigkeit aufnimmt. Proudhon dagegen geht weiter: »Was ist Industrie und Arbeit? Die zugleich physische und intellektuelle Tätigkeit eines Wesens, das aus Körper und Geist zusammengesetzt ist. Die Fähigkeit zu arbeiten, die den Menschen vom unvernünftigen Tier unterscheidet, hat ihren Ursprung im tiefsten Grund seiner Vernunft.« Er sagt hier, daß die Arbeit dem geistigen Wesenskern des Menschen entspringt. Also nicht irgendwelchen Bedürfnissen oder Instinkten bzw. Trieben, sondern daß sie etwas ist, was aus dem geistigen Kern des Menschen entspringt. Das ist eine ganz wichtige Beobachtung, die Proudhon hier gemacht hat. Wir haben schon beim Kind gesehen, daß das Spiel aus seinem geistigen Wesenskern entspringt, und daß alles das, was mit zielgerichteter Arbeit zu tun hat, immer im Geiste seinen Ursprung hat. Dann sagt Proudhon weiter, daß »die politische Ökonomie, diese angebliche Wissenschaft von den materiellen Interessen, im Gegenteil die spiritualistischste der Wissenschaften ist. Man nennt sie immer die Wissenschaft von den materiellen Interessen, aber sie ist ebenso auch die Wissenschaft von den geistigen Interessen. Die Arbeit ist die Manifestation des Geistes.« Das waren alles Zitate von Proudhon.

Wir sehen, daß das, was aus unserem Geist entstanden ist, hier zur Verwirklichung kommt, daß in der Arbeit die Inkarnation des Geistes stattfindet, die Fleischwerdung des Geistes. Das ist etwas, was wir jedesmal erleben, wenn wir ein Produkt vor uns haben, das unserem Können entsprungen ist. Auch hier ist die geistige Problematik das Wesentliche. Auch die Anerkennung durch die anderen ist etwas, was mit dem Materiellen nichts zu tun hat, also ein geistiger Aspekt ist. Auch der Nutzen, den wir für die anderen schaffen, diesen Nutzen können wir nur dann schaffen, wenn wir die Bedürfnisse der anderen erkannt haben. Auch hier ist also die geistige Kompetenz des Menschen die Voraussetzung dafür, daß wir etwas Nützliches tun. Jemand, der nicht begreift, was die anderen brauchen, kann auch nichts Nützliches für dieselben herstellen. Der ist dann eben eine taube Nuß im sozialen Bereich. Das kann man schon so sagen, aber das sind wir ja im Wesentlichen nicht. Eigentlich hat jeder irgendwo die Fähigkeit, herauszubekommen, wie er anderen Leuten nützlich sein kann.

Der Tausch der Ergebnisse unserer Tätigkeit, der Markt, fordert natürlich auch bis zu einem gewissen Grade Regsamkeit. Wer am Markt bestehen

will, der muß helle sein im Denken, sonst wird er über den Tisch gezogen. Man sollte immer einen kleinen Gewinn machen. Dieser Händlergeist muß auch dem Menschen eigen sein. Der Mensch muß vielseitig sein.

Was ist nun das Ziel der Arbeit? Es weiß jeder, daß wir uns von vielen Dingen, von vielen Notwendigkeiten durch sie befreien. Wir befreien uns von Hunger, wir schaffen uns Dinge, mit deren Hilfe wir den Hunger stillen. Alles, was aus unserer physischen Natur stammt, zwingt uns ja: wir müssen essen, wir müssen uns zudecken, wir müssen alle möglichen Dinge tun, damit wir etwas Gescheites tun können, etwas Weiterführendes, etwas Kulturelles. »Erst kommt das Fressen und dann kommt die Moral« – wie dies auch Brecht gesagt hat, der in diesem Jahr gefeiert wird. Das ist also das Ziel unserer ganzen Tätigkeit: höhere Freiheitsgrade zu schaffen, damit wir den eigentlichen Zwecken unseres Daseins folgen können. Proudhon sagt dazu und in Bezug auf die Arbeit: »sie ist die höchste Manifestation des Lebens, der Vernunft wie der Freiheit.« »Sie ist das glänzende Zeugnis unserer unermeßlichen Überlegenheit.« Und weiter: »die Freiheit des Menschen bedarf immer der Nachhilfe. Das heißt: der Mensch vervollkommnet, zivilisiert, humanisiert sich nur durch die fortwährende Hilfe der Erfahrung, durch die Industrie, die Wissenschaft und die Kunst, durch Last und Mühe, kurz durch alle Anstrengungen des Körpers und des Geistes. Die Arbeit ist die eigentliche Erzieherin des Menschen zur Freiheit.« Das wird heute gar nicht mehr gesehen. Man sagt: Keiner arbeitet gern. Aber die zur Befriedigung unserer Bedürfnisse notwendige Arbeit zwingt uns, unsere Trägheit zu überwinden und unsere Vernunft zu betätigen, um unsere Produktionskräfte zu steigern. Sie trägt dadurch zur Entwicklung und Entfaltung unserer Intelligenz und Freiheit bei. Die Arbeit ist unsere Erziehung zur Freiheit.

Wenn wir die organischen Voraussetzungen für die Arbeit betrachten, dann finden wir insbesondere die Hand vor. Die Hand ist eigentlich ein primitives Organ. Aber dadurch, daß sie primitiv geblieben ist, ist sie auch universell geblieben. Wir können mit der Hand jetzt Werkzeuge benutzen, wir können einen Bleistift damit anfassen, wir können Computer betätigen usw. Das könnten wir nicht, wenn wir Klauen oder Hufe hätten. Das wäre dann völlig unmöglich. Wir brauchen sozusagen ein Organ, welches ganz simpel ist. Wir können mit Hilfe der Hand alles schaffen, und zwar wesentlich besser, obwohl die Natur Leistungen bringt, die manche Computer in den Schatten stellen. Das muß man auch erwähnen, daß die Natur so viel Kenntnis und Weisheit in sich birgt, daß der menschliche Geist ein bißchen atemlos dahinter herrennt, um einigermaßen zu begreifen, was alles in ihr enthalten ist. Der Computer ist natürlich ein albernes Instrument gegenüber dem, was z. B. ein Käfer zustande bringt. Wenn man das alles zusammenpackt, was ein solcher Käfer im Laufe seiner Entwicklung leistet an verschieden-

sten Vorgängen, an chemischen, physiologischen und sonstigen Prozessen, das ist außerordentlich kompliziert. Kein Computer ist dem gewachsen. Das ist viel komplexer, als wir uns das vorstellen können, dazu reicht unser Verstand gar nicht aus. Darüber müssen wir uns im klaren sein, daß wir gegenüber der Natur Waisenknaben sind.

Aber die Natur macht das alles aus sich heraus, und wir Menschen? Das, was wir tun, haben wir zumindest aus uns selbst heraus geschaffen. Und das macht uns Menschen natürlich auch ein bißchen stolz. Ich denke an Goethes Gedicht »Prometheus«. Das ist also dieser prometheische Gedanke, daß der Mensch die Natur in den Sack steckt, daß sie ihm im Grunde genommen überhaupt nicht das Wasser reichen kann. Das ist es, was Prometheus auszeichnet. Und das ist etwas, was natürlich in dem Menschen irgendwie als Hybris auch leicht auftaucht, daß er meint, er könnte es besser machen als der liebe Gott oder die Natur. Wir müssen dabei immer bescheiden bleiben und wissen, daß wir uns in engen Grenzen bewegen.

Und trotzdem ist das, was wir tun, doch von großer Bedeutung. Das Tun des Menschen ist nicht von geringer Bedeutung für die Welt. Wenn man sich überlegt, wie die Welt aussehen würde, wenn der Mensch nicht existieren würde, und wie anders sie aussieht, seit der Mensch existiert. Zwar ist das nicht immer zu Gunsten der Welt ausgegangen, da sind auch viele, gewaltige Schädlichkeiten, die ich nicht übersehen will – aber es ist auch sehr vieles geschaffen worden, was einfach eine Kultivierung bedeutet. Ich habe neulich hier den Vortrag von Herrn Suchantke gehört, der uns von der kulturschöpferischen Leistung des Menschen erzählt hat, daß er eben aus einer Urwaldgegend eine Landschaft wie die mitteleuropäische schafft, die ohne den Menschen überhaupt nicht existieren würde und die ja durchaus naturgemäß sein kann, die also durchaus auch ökologisch in Ordnung sein kann, wenn wir Eingriffe in die Natur nicht übertreiben. Der Mensch kann also durch seine Arbeit durchaus in der Natur als Pfleger so auftreten, daß er mit der Natur konform geht und ihr sogar zu einer Höherentwicklung verhilft. Denn viele Arten sind erst dadurch entstanden, daß der Mensch ihnen die Lebensgrundlage gegeben hat.

Die Arbeit und die Würde des Menschen

Ich wollte meine Ausführungen mit dem Hinweis abschließen, daß die Arbeit auch noch zu etwas führt, was sehr wichtig ist, nämlich zu dem Bewußtsein der menschlichen Würde. Die Vernunft spielt eine große Rolle bei der Arbeit, indem sie sich durch die Arbeit entwickelt. »Der Mensch«, sagt Proudhon »hat kraft der Vernunft, mit welcher er begabt ist, die Fähigkeit,

die Würde in der Person seines Nebenmenschen zu fühlen wie in seiner eigenen Person und in dieser Beziehung seine Identität mit ihm zu bejahen.« Diese Entwicklung des Menschen durch die Arbeit zur Freiheit und zu einem vernünftigen Wesen führt also auch dazu, daß er kraft dieser Vernunft, die sich in ihm auch durch die Arbeit ausbildet, auch die Fähigkeit hat, die Würde des anderen Menschen zu erkennen, ihm dadurch als einem gleich freien und gleich berechtigten Wesen zu begegnen. So ist diese Entwicklung des Sinnes für die Würde des anderen etwas, was uns nicht von vornherein von der Natur gegeben ist, sondern das Ergebnis einer Persönlichkeitsentwicklung, die im wesentlichen davon abhängt, ob wir uns in der richtigen Weise in die Welt gestellt haben durch unsere Arbeit. Menschen, die nicht arbeiten, die sozusagen nur von dem Produkt anderer Menschen leben, die können eigentlich dieses Gefühl der Würde nicht in der richtigen Weise entwickeln und gehen dann auch oft würdenlos mit den Produkten um. Ich sehe das z. B. daran, wie die Kinder heute mit ihrem Schulbrot umgehen. Sie bekommen von zu Hause etwas mit, und dann werden diese Brote weggeworfen. Das ist etwas, was heute massenhaft passiert. Auch, daß die Menschen das Brot, das einen Tag alt ist, in die Mülltonne werfen. So etwas ist würdelos. Die Menschen haben keine Beziehung mehr dazu, welche Arbeit notwendig ist, um ein Brot herzustellen. Sie haben keine Beziehung dazu, weil sie es nie gesehen haben, weil sie nie selber einen Acker gepflügt oder umgegraben haben, nie das Korn gesät, geerntet und gedroschen haben, wie das früher für die Menschen selbstverständlich war. Ich will jetzt nicht dafür plädieren, daß wir uns alle wieder zurück in eine mittelalterliche Gesellschaftsstruktur begeben sollen, aber es wäre schon ganz gut, wenn aus erzieherischen Gründen die Menschen in irgendeiner Form einmal – insbesondere in der Jugend – die Möglichkeit hätten, diese ganzen Vorgänge in solch einer Art und Weise, in solch einer elementaren Weise kennenzulernen, daß sie ein Verhältnis dazu gewinnen, denn das hat eben ganz stark mit der Würde zu tun.

Ich will meine Ausführungen mit etwas abschließen, was heute sicherlich besprochen wurde, nämlich dem Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Es handelt sich um ein Zitat von Abraham Lincoln, das im Buch von Lothar Vogel wiedergegeben ist. Lincoln hat 1861 gesagt: »Es gibt aber noch einen anderen weniger bekannten Punkt: den Versuch, das Kapital auf dieselbe Stufe, wenn nicht höher zu stellen als die Arbeit. Die Arbeit, sagt man, könne nur in Verbindung mit dem Kapital existieren, niemand könne arbeiten, wenn nicht ein Kapitalist ihn zur Arbeit veranlaßt. Dann fragt man weiter, ob es besser sei, daß das Kapital Arbeiter mietet und sie freiwillig arbeiten läßt, oder daß er sie kauft und zur Arbeit zwingt. So schließt man: alle Arbeiter sind entweder gemietet oder Sklaven. Wer einmal ein Gemieteter ist,

muß es sein Leben lang bleiben. Dies Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit gibt es nicht, noch auch einen freien Mann, der lebenslänglich gezwungen wäre, Tagelöhner zu bleiben. Beide Hypothesen und alle Schlüsse daraus sind falsch. Erst kommt die Arbeit, das Kapital ist nur ihre Frucht und könnte ohne sie nicht existieren. Die Arbeit ist dem Kapital überlegen. Keiner von uns ist vertrauenswerter als der sich von der Arbeit empor entwickelt hat; niemand ist weniger als er geneigt, etwas zu nehmen oder anzurühren, was er nicht ehrlich verdient hätte. Da die Arbeit eine gemeinsame Last unserer Rasse ist, so ist der Versuch, diese Last auf die Schultern des anderen zu schieben, der große, ewige Fluch unserer Rasse. Da die meisten guten Dinge durch Arbeit erzeugt werden, so folgt, sie sollten denen gehören, deren Arbeit sie erzeugt. Trotzdem haben zu allen Zeiten einige gearbeitet, andere faul den großen Teil der Früchte genossen. Das ist ungerecht und sollte so nicht weitergehen. Jedem Arbeiter den vollen Verdienst seiner Arbeit zu schaffen oder doch beinahe, soweit es eben möglich ist, das ist ein Ziel für eine jede gute Regierung. Die Arbeit kommt vor dem Kapital, ist also unabhängig von ihm. Das Kapital ist Frucht der Arbeit und könnte nicht existieren, wenn nicht die Arbeit vorher wäre. Arbeit kann ohne Kapital sein, aber Kapital nicht ohne Arbeit. Darum ist die Arbeit dem Kapital weit überlegen.«

Dieses Zitat habe ich jetzt zwar auch gebracht, um einen Anschluß an das Tagungsthema zu finden. Aber ich denke, daß es nicht nur darum geht, daß hier der Ursprung des Kapitals hinter die Arbeit gestellt wird, sondern daß auch die menschenkundlichen Aspekte der Arbeit eine große Rolle spielen, und dabei ist gerade diese Betonung der Würde des Menschen meiner Ansicht nach außerordentlich wichtig, weil ohne diese Entwicklung zu dem Gefühl für die Würde des Menschseins alles übrige eine vergebliche Mühe ist, die eigentlich nur zum Untergang führen kann.

Bemerkungen über Boden, Bodenschätze und Arbeit, Eigentum, Wohlstand und Verteilung

– Eine Querschnittsbetrachtung –

Fritz Andres

Überblick

Das Verhältnis, in dem der Mensch zur Natur, also zum Boden, den Rohstoffen und den übrigen Naturreichen steht, ist ein ganz anderes als sein Verhältnis zu den Waren, die er durch seine Arbeit aus den Rohstoffen erstellt.

Die Beziehung des Menschen zur Natur ist durch das Spannungsfeld von Gemeinschaftsbindung und notwendigerweise individueller Nutzung geprägt. Die Grundzuständigkeit der Gemeinschaft für die Natur, wie sie sich z.B. für den Boden im Planungsrecht manifestiert, und die individuelle Nutzung, die für die freie Entfaltung der Persönlichkeit unabdingbar ist, sind die Pole, die in der Bodenordnung und in den übrigen Ordnungen der Naturreiche in ein harmonisches Verhältnis zueinander gebracht werden müssen[1]).

Während die Initiative zur Nutzung vom Einzelnen ausgeht, liegt die Zuständigkeit für den Boden und die übrige Natur zunächst bei der Gemeinschaft. Durch die Nutzung verbindet sich der Mensch mit der Natur. In einem geordneten Gemeinwesen wird damit eine allgemein anerkannte, rechtliche Zuordnung des genutzten Stücks Natur zum Nutzer notwendig. Diese Zuordnung findet ihren Ausdruck in individuellen Nutzungsrechten, die als Eigentum, Erbbaurecht, Pachtbesitz oder in sonstiger Weise ausgestaltet sein können. Das Verfahren der Zuordnung der Nutzungsrechte zu

[1]) Diesem doppelten Aspekt wurde früher im deutschen Recht für den Bereich der Bodenordnung in gewisser Weise durch die Lehre vom geteilten Eigentum Rechnung getragen, »das aus einem (manchmal vielschichtigen) Ober- und Untereigentum bestand. Die Nutzung an Grund und Boden war geteilt, indem der Unterbesitzer den Boden bewirtschaftete und der Oberbesitzer eine Abgabe der Ertragsquote erhielt« (W. Böhmer, Zur Geschichte des Grundstückverkehrsrechts, zum verfassungsrechtlichen Eigentumsbegriff des Grundgesetzes und zum Begriff der Eigentumsbeschränkung, »Fragen der Freiheit« Heft 246, Seite 3 ff., insbes. Seite 6 ff. mit weiteren Nachweisen aus der Literatur; zur Fortentwicklung der Lehre vom geteilten Eigentum im heutigen Recht mit seiner Ausweitung des Eigentumsbegriffs, aber auch seinen vielfältigen Kompetenzzuweisungen zum Staat im Bereich der Bodenordnung, s. dort Seite 6 ff. und 7, Fußnote 8).

den Nutzern sollte so eingerichtet werden, daß die Zuordnung des Nutzungsrechts in irgendeiner Weise an die Nutzung gebunden bleibt, so daß die Nutzung zum tragenden Element für den Besitz und seine Verteilung wird und der Boden bzw. die genutzte Natur wieder an die Gemeinschaft zurückfällt, sobald die Nutzung nachläßt oder aufhört.

Die soziale Bewegungsrichtung des Bodens und der Rohstoffe geht dann von der Gemeinschaft aus zum Einzelnen hin und später, nach Beendigung der Nutzung, wieder zurück zur Gemeinschaft. Sie verläuft nicht horizontal zwischen gleichgeordneten Trägern, sondern vertikal zwischen der Gemeinschaft und dem Einzelnen.

Ganz anders liegen die Dinge bei der Ware. Zu ihrer Herstellung werden die Bodenschätze und sonstigen Rohstoffe in der Regel durch Arbeit zuerst in Besitz genommen und sodann zu Arbeitsprodukten umgestaltet, die in einer arbeitsteiligen Wirtschaft für andere Menschen von Interesse sind, weil diese ihre Bedürfnisse damit befriedigen können. Daraus ergeben sich Angebot und Nachfrage, die die Ware in eine horizontale Bewegungsrichtung zwischen im Prinzip gleichgeordneten Beteiligten bringen.

Allerdings ist die Ware nicht nur Arbeitsergebnis, sondern besteht körperlich nach wie vor aus dem ursprünglichen oder auch umgewandelten Rohstoff. Deshalb darf der Gemeinschaftsbezug, d.h. die für das Verhältnis der Menschen zur Natur charakteristische vertikale Bewegungsrichtung nicht verloren gehen. Sie wird auch bei sachgemäßer Ordnung der Verhältnisse nur überlagert und tritt während des Ware-Seins des Rohstoffs zurück, kommt aber wieder voll zum Vorschein, wenn die Ware verbraucht ist und der Rohstoff – und sei es in abgewandelter Form als Abfall – an die Gemeinschaft zurückfällt. So verhilft die Nutzung dem Rohstoff auch als Ware nur vorübergehend zu einer horizontalen Bewegungsrichtung, sie hemmt nur für die Zeit des Ware-Seins die vertikale Bewegung und damit seinen Rückfall an die Gemeinschaft.

Wir haben es bei der Ware also mit zwei sich ergänzenden Gebärden zu tun:

– Der Mensch wendet sich der Erde, dem Rohstoff zu, den er von der Gemeinschaft als Sachwalterin der Natur erhält, aufnimmt und durch seine Arbeit in ein Produkt verwandelt, das er als Ware anderen Menschen anbietet. Hier wird der Rohstoff von seiner zunächst vertikalen Bewegungsrichtung als Ware in die Horizontale umgelenkt.

– Der Mensch nimmt die Ware von einem anderen an und verbraucht sie, d.h. er verwandelt sie zurück in reinen Stoff, in Abfall, mit dem er sich der Gemeinschaft und im Ergebnis wieder der Natur zuwendet. Hier wird die Ware aus ihrer horizontalen Bewegungsrichtung als Rohstoff bzw. Abfall wieder in die Vertikale zurückgelenkt.

Die Zuordnung des Bodens und der übrigen Natur zur Gemeinschaft und der Arbeit zum Einzelnen, die Verbindung beider in der Ware und die Auflösung dieser Verbindung durch den Verbrauch, die damit einhergehende Umlenkung der ursprünglich vertikalen Bewegungsrichtung des Rohstoffs in die vorübergehende, horizontale Bewegungsrichtung des Warenverkehrs – dies alles hat gewichtige Konsequenzen in der Rechtssphäre, insbesondere für die Frage des Eigentums, und in der ökonomischen Sphäre, nämlich für die Frage der Verteilung. Auch bleiben unsere Vorstellungen von Wohlstand, Bruttosozialprodukt usw. davon nicht unberührt. Im nachfolgenden Beitrag wird der Versuch unternommen, die charakteristischen Merkmale von Boden und Bodenschätzen, Arbeit und Ware herauszuarbeiten und daraus Folgerungen für die Fragen des Eigentums, des Wohlstands und der Verteilung zu ziehen.

I. Die vertikale Bewegungsrichtung des Bodens

Betrachten wir zunächst das Verhältnis des Menschen zum Boden, und zwar zum unbebauten Boden, auf den also noch keine Arbeit verwendet worden ist. Man geht heute davon aus, daß dieses Verhältnis in einer freiheitlichen Gesellschaft marktmäßig organisiert sein sollte. Ist aber der sog. Bodenmarkt überhaupt ein Markt? Sollte er einer sein? Die Frage wird unterschiedlich zu beantworten sein, je nachdem, ob man es mit einer Abgaben- oder mit einer Preissteuerung des Bodens zu tun hat.[2])

1. Die abgabengesteuerte Bodenordnung

Wenden wir uns zunächst einer abgabengesteuerten Bodenordnung zu. In ihr wird der Boden mit einer Abgabe belastet, die den ökonomischen Wert seiner laufenden Nutzungsvorteile, die Bodenrente, voll abschöpft. Die ökonomischen Vorteile, die der Boden dank seiner Knappheit dem Eigentümer bietet, werden durch eine solche Abgabe neutralisiert. Da die Bodenpreise stets auf dem laufenden, erzielbaren Bodenertrag, also der erzielbaren Bodenrente beruhen, wird der Preisbildung durch eine solche Abgabe jede Grundlage entzogen. Die Abgabe hat daher ein Sinken der Bodenpreise auf Null zur Folge. Der Boden hat dann keinen Vermögenswert mehr. Das

[2]) vergleiche dazu meinen Aufsatz »Grundlagen und Auswirkungen einer Bodenwertsteuer« in »Fragen der Freiheit« Heft 242, Seite 3 ff., insbesondere Seite 6 ff.

Eigentum am abgabenbelasteten Grundstück ist nur noch ein entökonomisiertes, ein ökonomisch neutralisiertes Nutzungsrecht![3])[4])

[3]) vergleiche hierzu das Positionspapier des Seminars zur Reform der Bodenordnung in »Fragen der Freiheit« Heft 215, Seite 9 ff., insbesondere Seite 11 ff. sowie zuletzt die Darstellung in meinem Aufsatz »Fragen der Freiheit« Heft 245, Seite 43–45. Da ohne diesen Punkt die weiteren Ausführungen dieses Aufsatzes hypothetisch bleiben, seien hier die schon öfters publizierten Tabellen zur Kapitalisierung und zur Entkapitalisierung des Bodens noch einmal abgedruckt:

Tabelle I
Kapitalisierung des Bodens bzw. der Bodenrente durch den Zins

Bodenrente* DM	Kapitalzins** %	Grundstückspreis DM
1 000,–	1 0	10 000,–
1 000,–	5	20 000,–
1 000,–	1	100 000,–
1 000,–	0,5	200 000,–
1 000,–	0,1	1 000 000,–
1 000,–	0	∞

Tabelle II
Entkapitalisierung des Bodens durch eine Abgabe

Bodenrente* DM	Abgabe %	Restrente DM	Kapitalzins** %	Grundstückspreis DM
1 000,–	0	1 000,–	5	20 000,–
1 000,–	50	500,–	5	10 000,–
1 000,–	90	100,–	5	2 000,–
1 000,–	90	10,–	5	200,–
1 000,–	100	0,–	5	0,–

* Maßgebend ist die zukünftig erwartete Bodenrente.
** Maßgebend ist der um die (erwartete) Inflationsrate bereinigte langfristige Zins auf dem Kapitalmarkt (Realzins).

Tabelle I zeigt die Preisbildung für den Boden, die zwar auf der Bodenrente basiert, ohne den Zinssatz auf dem Kapitalmarkt – eine der Bodenordnung ganz fremde Größe - jedoch nicht zustande käme, wie insbesondere die letzte Zeile dieser Tabelle ausweist. Tabelle II zeigt, wie der Boden seinen Kapitalwert verliert, wenn die Abgabe die Bodenrente voll erfaßt. Dieser Punkt ist in der Tabelle rechts unten bei einem Kapitalwert des Bodens von Null erreicht. Die Abgabe verhindert dann, daß das Kapital sich mit dem Boden verbinden kann: der Boden wird dem Kapital einfach »zu heiß«! In den oben erwähnten, aber auch in anderen in dieser Schriftenreihe erschienenen Beiträgen ist ausführlich dargestellt und begründet worden, warum die Entkapitalisierung des Bodens durch eine Abgabe der zentrale Punkt für eine Reform der Bodenordnung ist und welche segensreichen Folgen sich aus einer solchen Reform ergeben würden.

[4]) Das frühere deutsche Recht kannte, wie bereits erwähnt (siehe Fußnote 1), das Untereigentum, das ein Nutzungsrecht war, und das Obereigentum, an dessen Inhaber – meist den Landesherrn – der ökonomische Wert des Untereigentums, seine Bodenrente also, als Abgabe laufend abgeführt werden mußte. Durch dieses »geteilte Eigentum« bestand im Bereich des Bodenrechts eine Struktur, die dem Muster der hier dargestellten abgabenge

Die Unterordnung des Besitz- unter das Nutzungsinteresse

Die entscheidende Frage, die sich in dieser Situation ergibt, ist die: Welche Interessen werden sich überhaupt noch mit dem Boden verbinden, wenn das Nutzungsrecht keinen Kapitalwert mehr hat? Für welche Art von Interesse bietet ein ökonomisch entwerteter Boden einen Anknüpfungspunkt? Ist der Boden unter diesen Umständen überhaupt noch für jemanden von Interesse?

Sicherlich kein Interesse wird mehr daran bestehen, solchen Boden zu besitzen, um ihn als Vermögensgegenstand zu halten, denn sein Vermögenswert ist gleich Null, Wertsteigerungen sind nicht mehr möglich bzw. werden ebenfalls neutralisiert und die Abgabe macht den Besitz für den, der ihn nicht nutzt, sogar zu einer Last.

Aber mit dem Vermögensinteresse schwindet nicht jedes Interesse des Menschen am Boden. Denn da er den Boden zum Leben, für die Entfaltung seiner Fähigkeiten und für die Befriedigung seiner Bedürfnisse braucht, hat er ein Interesse an seiner Nutzung auch dann, wenn er keine über seine Tätigkeit hinausgehenden ökonomischen Vorteile mehr davon hat bzw. diese Vorteile durch eine Abgabe kompensiert werden. Was also nach Wegfall des Vermögensinteresses bleibt, ist das reine Nutzungsinteresse! Es verhält sich mit dem abgabenbelasteten Boden im Ergebnis nicht viel anders als z. B. mit der Luft: Beide sind ökonomisch wertlos – der Boden, weil er zwar knapp ist, die Abgabe den ökonomischen Wert des Knappheitsvorteils aber neutralisiert, und die Luft, weil sie von vornherein nicht knapp ist. Beide werden aber, trotz ihrer ökonomischen Wertlosigkeit, gebraucht! Das Interesse an ihrer Nutzung ist nicht ökonomisch motiviert, sondern dient der Lebensentfaltung.

Das Interesse am Besitz besteht dann ausschließlich wegen der Nutzung und endet mit dieser. Der Besitz, das Haben dient nur noch der Nutzung, dem Handeln und rechtfertigt sich letztlich auch nur aus diesem. Für den Zusammenhang von Besitz und Nutzung sorgt die Abgabe, deren Zahlung für den Eigentümer nur sinnvoll ist, wenn er deren Korrelat, die Nutzungsvorteile, die der Boden bietet, auch tatsächlich wahrnimmt, wenn er den Bo-

---

Fortsetzung Fußnote [4]):

steuerten Bodenordnung mit entkapitalisierten Nutzungsrechten (Eigentum bzw. sonstiges Nutzungsrecht ohne Vermögenswert) und zur Abgabenerhebung berechtigter Gemeinschaft über Jahrhunderte hinweg in wesentlichen Grundzügen entsprochen hat, wobei allerdings die Landesherren und andere Obrigkeiten die Position innehatten, die heute allein der staatlichen Gemeinschaft zugebilligt werden dürfte (vgl. dazu den Hinweis in Fußnote 1 auf die Ausführungen von W. Böhmer in »Fragen der Freiheit« Heft 246, wo unter II, S. 6–18, diese frühere bodenrechtliche Situation in Deutschland und ihre allmähliche Ablösung durch einen im Prinzip uneingeschränkten Eigentumsbegriff geschildert wird).

den also nutzt. Und das bedeutet, daß wegen der Abgabenbelastung der Besitz aufgegeben wird, wenn das Nutzungsinteresse nachläßt und die Nutzung endet. Ergreifen des Besitzes im Dienste der Nutzung und Aufgabe des Besitzes bei nachlassendem Nutzungsinteresse – dies sind die beiden Grundgebärden des Einzelnen gegenüber der Natur.

Der Eigentümer des mit der Abgabe belasteten Bodens ist in einer ähnlichen Situation wie der Mieter einer Wohnung, für den ebenfalls die laufenden Nutzungsvorteile durch die Miete, die er zahlen muß, ökonomisch neutralisiert werden. Schöpft die Miete den Marktwert der laufenden Nutzungsvorteile der Wohnung voll ab, so ergibt sich – von Eigeninvestitionen des Mieters abgesehen – bei der Rückgabe oder einer Weitergabe an einen Nachmieter kein ökonomisch begründeter Abstand oder Kaufpreis. Die ökonomische Entwertung der Nutzungsvorteile der Wohnung durch die Miete hindert aber nicht, daß die Mieter zum Zwecke des Wohnens ein Interesse an der Mietwohnung hat. Übernahme des Besitzes vom Vermieter und Rückgabe an denselben sind auch hier die beiden Vorgänge, mit denen die Nutzung beginnt und endet.

Das Fehlen eines horizontalen Bewegungsimpulses

Wenn es aber offenbar beim Boden nicht um den Ausgleich der Interessen zwischen gleichgeordneten Individuen, sondern um ein Verhältnis zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft geht, welche Aufgabe muß dann überhaupt durch die Bodenordnung gelöst werden? – güterwirtschaftlich doch nur die der Verteilung des Bodens an die Nutzer, d.h. die Zuteilung und Rücknahme der Nutzungsrechte. Das bedeutet eine Bewegung des Bodens zwischen Gemeinschaft und Nutzer! Und warum keine Bewegung zwischen den Nutzern? Weil der Nutzer den Boden – unseren vorläufigen Voraussetzungen gemäß – nicht verändert, ihm nichts hinzufügt, was für andere von Interesse sein könnte, ihn nicht für die Nutzung durch andere bearbeitet oder gar produziert. Was für einen Sinn sollte da eine horizontale Bewegung auch haben? Was für einen anderen Sinn für die Bewegung des Bodens gibt es überhaupt als den, von der Gemeinschaft an den (besten) Nutzer und von diesem wieder zurück an die Gemeinschaft gegeben zu werden? Auch das sog. »Wandern des Bodens zum besten Wirt« erhält seine Bewegungsenergie und Schubkraft nicht aus dem Verhältnis, in dem der bisherige Nutzer zum neuen steht, sondern dadurch, daß sich der bisherige Nutzer durch die Abgabe zur Aufgabe des Bodens, den er nicht mehr ausreichend nutzen kann oder will, veranlaßt sieht, während sein Nachfolger den Boden durch seine Tüchtigkeit an sich zieht. Es gibt also keinen Grund für die Zuordnung des Bodens zu einem bestimmten Nutzer, der sich aus dem Verhältnis ergibt, in dem dieser Nutzer zu einem anderen steht. Es gibt daher

auch keinen Grund, warum die Zuordnung zu einem Nutzer durch einen anderen erst ermöglicht, bewirkt oder auch nur mitentschieden werden und daher über ihn laufen sollte. Wenn der Boden in die Hand der Fähigsten gelangen soll, sind andere Nutzer zwar für den Vergleich, durch den der Fähigste ermittelt werden soll, in Betracht zu ziehen, nicht jedoch als frei bestimmende Kräfte für die zu treffende Zuordnung. Für ein Wandern des Bodens von Hand zu Hand gibt es daher aus der Natur der Sache heraus keinen Grund.

In einer abgabengesteuerten Bodenordnung wird es daher bei unbebautem Boden selbst dann, wenn die Nutzungsrechte als Eigentum ausgeformt sind, kaum ökonomisch motivierte Bewegungen zwischen den Nutzern mehr geben. Weitergabe, Veräußerung usw. kommen nicht in Betracht, denn es ist ja kein ökonomischer Wert da, für dessen Hergabe man etwas verlangen könnte. Sollte ein Nutzer, der das Eigentum aufgeben will, einmal einen direkten Interessenten finden, der bereit ist, die Abgabe zu zahlen, so mag das Nutzungsrecht zwar auch einmal unmittelbar von einem zum nächsten Inhaber wechseln, aber es handelte sich dabei doch nur um die Abkürzung eines substanziell zweiaktigen Vorgangs (Rückgabe und Neuvergabe des Nutzungsrechts). Diese Abkürzung bliebe wohl auch deshalb die Ausnahme, weil der bisherige Nutzer bei einem Preis des Bodens von Null kein Interesse hat, Kosten für die Suche aufzuwenden, um einen direkten Nachfolger zu finden, und der Interessent sich wegen der viel größeren Erfolgsaussichten bei seiner Suche an die Gemeinschaft wenden wird. Der Nutzer muß sich stets nur die Frage beantworten, ob er das Eigentums- bzw. Nutzungsrecht halten oder aufgeben soll, und die Antwort hängt vollständig von seiner Tätigkeit, von seinem Nutzungsinteresse ab. Erlahmt dies oder beschließt er, andere Interessen zu verfolgen, so gibt er das Nutzungsrecht am Grundstück auf und dieses fällt wieder an die Gemeinschaft zurück.[5])

Vergleich mit der Ware

Ganz anders verhält es sich bei der Ware. Sie wird vom Produzenten im Hinblick auf die Bedürfnisse des Konsumenten durch Bearbeitung des Rohstoffs hergestellt. Eine horizontale Bewegungsrichtung zwischen gleichgeordneten Individuen entspricht also von vornherein ihrer Zwecksetzung. Eine Bewegung zwischen dem Einzelnen und der Gemeinschaft wäre hier –

[5]) Nach § 928 BGB ist die Aufgabe des Eigentums an einem Grundstück in der Weise möglich, daß der Eigentümer den Verzicht dem Grundbuchamt gegenüber erklärt und der Verzicht ins Grundbuch eingetragen wird. Das Grundstück ist dann herrenlos. Allerdings hat der Staat das Recht, es sich anzueignen, indem er sich selbst als Eigentümer ins Grundbuch einträgt.

von den Steuern als Beiträgen des Einzelnen zum Gemeinschaftsleben abgesehen – ebenso sinnwidrig wie eine Bewegung des nackten Bodens zwischen den Individuen. Die Arbeit begründet, auf dem Nutzungsrecht an der Natur aufbauend, die individuelle Zuordnung des Arbeitsprodukts, die aber zugleich von den Bedürnissen her sozusagen falsch ist, weil nicht der Produzent seine Ware braucht, sondern der Konsument. Daraus ergibt sich unter freien Verhältnissen die Spannung, die zum Marktgeschehen, d.h. zur Umverteilung der Waren in horizontaler Bewegungsrichtung durch Tauschverträge führt. Die Aufgabe des Marktes ist es, die individuell durch die Arbeit begründete Zuordnung der Arbeitsprodukte zu ändern bzw. diese Änderungen gemäß den Bedürfnissen der Beteiligten zu ermöglichen.

Zusammenfassung

Für das Verhältnis des Menschen zum Boden läßt sich demnach festhalten: *Wie mit einer Saugkraft ausgestattet zieht der (beste) Nutzer durch seine Initiative und Nutzung den Boden gegen den Widerstand der Abgabe aus der Gemeinschaft heraus an sich, der Boden »wandert zum besten Wirt«, wie man früher einmal gesagt hat, er wird »billig und willig« – billig, weil er keinen Kapitalwert mehr hat, und willig, weil er dem Nutzer entgegenkommt, der Besitz vollständig der Nutzung dienstbar wird. Und wie ein Gummiband zieht die Gemeinschaft durch die Abgabe den Boden wieder in ihren Schoß zurück, sobald der Inhaber des Nutzungsrechts sich nicht mehr durch seine Nutzung mit dem Boden verbindet, sein Besitz sich nicht mehr aus seiner Nutzung rechtfertigen läßt, er insbesondere seine Nutzung beendet. So entsteht durch das Interesse der Nutzer einerseits und die Abgabe an die Gemeinschaft andererseits eine Spannung, die dem Boden eine vertikale Bewegungsrichtung gibt: von der Gemeinschaft hin zum Nutzer und von diesem zurück zur Gemeinschaft.*

Und weil die Abgabe dem Boden zugleich den Kapitalwert entzieht, nimmt sie dem Interesse an Kauf und Verkauf, am Handel mit dem Boden, d.h. der horizontalen Bewegungstendenz zwischen den Individuen, jeglichen Anknüpfungspunkt![6])

[6]) An sich wäre eine solche Abgabe durchaus geeignet, die Menge des genutzten Bodens zu regulieren: Wird die Abgabe über der Höhe der erzielbaren Bodenrente festgesetzt, führt dies bezüglich eines Teils des Bodens zur Aufgabe der Nutzung, der somit an die Gemeinschaft zurückfällt, während die bisherigen Nutzer dieses Bodens als zusätzliche Nachfrager und Interessenten auf den verbleibenden Flächen auftreten, deren Knappheit und damit auch Bodenrente dadurch steigt. Dieser Prozeß der Reduzierung der genutzten Grundstücke setzt sich solange fort, bis die Bodenrente der in der Nutzung verbleibenden Grundstücke infolge der größeren Nachfrage die Höhe der Abgabe erreicht. Ob eine solche Mengensteuerung ohne weiteres praktikabel ist, braucht hier nicht untersucht zu wer

Die vertikale Bewegung des Bodens bei Pacht und Erbbaurecht

Die Bewegung des Bodens von der Gemeinschaft zum Nutzer und wieder zurück zur Gemeinschaft wird besonders deutlich, wenn der Boden formell Gemeinschaftseigentum bleibt und nur durch Verpachtung dem Nutzer überlassen wird. Hier tritt zum ökonomischen Band der laufenden Abgabe, nämlich der Pacht, noch das vertragliche Schuldverhältnis zwischen Gemeinschaft und Nutzer hinzu. Die Verpachtung durch die Gemeinschaft an den Nutzer, die in der Regel begrenzte Laufzeit des Pachtvertrags und die Verpflichtung des Pächters, nach Vertragsablauf das Grundstück zurückzugeben, machen die Bewegungsrichtung des Bodens zwischen Gemeinschaft und Nutzer hier – wie übrigens auch beim Erbbaurecht – auch juristisch sichtbar.[7]) Notwendig ist dies indessen nicht, wie die Abgabensteuerung zeigt, die dem Boden auf rein ökonomischem Wege eine vertikale Bewegungsrichtung gibt.

Ergebnis

Bei einer solchen Dominanz der vertikalen Bewegung des Bodens zwischen Gemeinschaft und Nutzer hat es, so kann als Resultat wohl festgehalten werden, keinen Sinn, in einer abgabengesteuerten Bodenordnung von einem Bodenmarkt zu sprechen, der doch immer auf Angebot und Nachfrage aufbaut und als Hauptbewegungsrichtung den horizontalen Verkehr zwischen den Nutzern bzw. Marktteilnehmern voraussetzt.

Fortsetzung Fußnote [6]):

den. Das Planungsrecht ersetzt sie natürlich nicht, sondern stellt nur sozusagen dessen ökonomische Ergänzung dar. Andererseits beruht auf dem Zusammenhang zwischen Abgaben und genutzten bzw. nachgefragten Mengen in anderen Umweltbereichen das Konzept der Ökosteuern, bei dem durch die Höhe der Abgabe die Menge des Umweltverbrauchs (Energieverbrauch, Nutzung der Atmosphäre als Aufnahmemedium für CO_2-Emissionen usw.) auf das ökologisch vertretbare Maß reduziert werden soll.

[7]) Betrachtet man von diesem Gesichtspunkt aus die Entwicklung des Bodenrechts in der Geschichte der Völker, so scheint sie überall dem gleichen Grundmuster zu folgen: Sobald sich die Gesellschaft individualisiert, die *gemeinschaftliche Nutzung* der Naturgrundlage (Boden, Wald usw.) zurückgedrängt wird durch die Herausbildung *individueller Nutzungsrechte*, entstehen Rechtsgebilde wie das geteilte Eigentum (siehe Fußnoten 1 und 4), Pacht- und Lehensverhältnisse oder das Erbbaurecht in mannigfaltigsten Ausformungen, deren gemeinsamer Zweck es ist, die durch die Freiheitsentwicklung notwendig gewordene Individualisierung der Nutzungsrechte und der mit diesen verbundenen Bodenrenten rechtlich und ökonomisch an die Allgemeinheit, den Landesherrn oder eine sonstige, das Gemeinschaftsinteresse repräsentierende oder sich anmaßende Instanz anzubinden. Die historisch neueste Entwicklung zu dem vom Prinzip her uneingeschränkten privaten Bodeneigentum unserer Tage stellt vor diesem Hintergrund eine Entgleisung dar.

2. *Die preisgesteuerte Bodenordnung*

Anders sieht es in unserer heutigen preisgesteuerten Bodenordnung aus, die die Bodenrente voll und ganz in der Hand der Eigentümer beläßt und damit die Grundlage für die Kapitalisierung des Bodens und seine Handelbarkeit legt[8]). Hier gibt es dank des entstandenen Kapitalwerts wie bei anderen Vermögensgegenständen Angebot und Nachfrage, Kauf und Verkauf und damit eine ganz ungestörte, horizontale Bewegungsrichtung des Bodens, so daß man durchaus von einem Markt sprechen kann, auch wenn es sich bei dem gehandelten Gut nicht um ein Arbeitsprodukt handelt. Gerade dies ist aber das Anstößige, was zu der Forderung »Boden darf keine Ware sein!« geführt hat. Boden war zwar nie eine Ware, aber die Kapitalisierung macht ihn zum geeigneten Ansatzpunkt für Angebot und Nachfrage, zu einem Gegenstand des Veräußerungs- und Erwerbsinteresses, der in den Rechtsformen des Warenverkehrs zwischen den Individuen gehandelt werden kann.

Die Dominanz der horizontalen Bewegungsrichtung auch bei nur teilweiser Kapitalisierung des Bodens

Auch dann, wenn die Abgabe die Bodenrente nicht voll erfaßt, dem Eigentümer also eine Restrente verbleibt, die er kapitalisieren kann, bilden sich Kapitalwerte für den Boden[9]), an denen sich Angebot und Nachfrage, Veräußerung- und Erwerbsinteressen entzünden, die den Boden zum Handelsgegenstand werden lassen und ihn in eine horizontale Bewegungsrichtung umlenken.

Dieses Phänomen kann man übrigens auch bei Mietwohnungen beobachten: Da das Mietverhältnis nur zwischen Vermieter und Mieter besteht, bewegt sich die Wohnung an sich nur sozusagen vertikal zwischen diesen beiden Parteien, indem sie bei Begründung des Mietverhältnisses vom Vermieter an den Mieter übergeben und nach Ablauf des Vertrags und Räumung der Wohnung vom Mieter wieder an den Vermieter zurückgegeben wird. Liegt die Miete jedoch unter dem Marktwert der Wohnung, so bilden sich Preise, Abstandssummen usw., die über den Zeitwert der vom Mieter eventuell getätigten Investitionen weit hinausgehen. Will der Mieter dann während der Mietzeit umziehen, so sucht er einen Nachmieter nicht nur, weil er vielleicht andernfalls selbst nicht aus dem Mietvertrag entlassen wird, sondern eben auch wegen des »Abstands«.

Krasse Verhältnisse entstanden in dieser Hinsicht in Berlin nach der Öffnung zum Osten, wo die Marktmieten sprunghaft in die Höhe stiegen und

[8]) siehe dazu Fußnote 3), Tabelle I.
[9]) siehe dazu Fußnote 3), insbesondere Tabelle II.

die Mieten bereits bestehender Mietverträge aus vertragsrechtlichen Gründen dieser Entwicklung nicht sogleich angepaßt werden konnten. Damals konnte ein Mietvertrag bei entsprechend langer Restlaufzeit bis zu 100 000 DM und mehr wert werden, die der Mieter wegen der am Marktniveau gemessen z.T. extrem günstigen Miete von einem Nachmieter erlangen konnte. Daraus ergab sich für Mietwohnungen ein horizontaler Markt, der sich am Vermieter – meist zu dessen großem Verdruß – ganz vorbeibewegte. Nur soweit im Laufe der Zeit die tatsächlichen Mieten den Marktmieten wieder angeglichen werden konnten, verlor die horizontale Bewegungsrichtung, das »Kaufen« und »Verkaufen« von Wohnungen durch die Mieter, seine Kraft und die vertikale Bewegungsrichtung, das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter, wurde auch ökonomisch wieder allein maßgebend. Dort gibt es seitdem wieder nur noch die Nutzung der Wohnung durch den Mieter und die Aufgabe der Nutzung mit Rückgabe an den Vermieter, nicht dagegen »Kauf« und »Verkauf« zwischen den Mietern.

Auch beim Boden bleibt, wenn etwa durch eine Bodenwertsteuer die Bodenrente nur teilweise abgeschöpft wird, die horizontale gegenüber der durch die Steuer latent installierten vertikalen Bewegungsrichtung dominant: die dem Eigentümer verbleibende Restrente wird kapitalisiert und der (Rest-)Kapitalwert bildet den Ansatzpunkt für ökonomische Interessen, für Angebot und Nachfrage, kurz: für Bodenhandel. Erst wenn die Abgabe die Bodenrente voll erfaßt, so daß der Besitz als solcher nicht mehr von ökonomischem Interesse ist, kommt die dem Boden allein angemessene vertikale Bewegungsrichtung zwischen Gemeinschaft und Nutzer voll zum Zuge!

Doppelte Voraussetzung der vertikalen Bewegungsrichtung des Bodens

Durch diese Überlegungen wird deutlich, daß die vertikale Bewegungsrichtung des Bodens eine doppelte Voraussetzung hat: das Versiegen der horizontalen Bewegungstendenz des Bodens durch Entzug des Kapitalwerts und die eigentliche Begründung der Vertikalen durch die Abgabe. Daß es sich nun so verhält, daß die Abgabe zugleich dem Boden seinen Kapitalwert entzieht, die Begründung der Vertikalen also schon zur Demontage der Horizontalen führt, ist bemerkenswert, hindert aber nicht, daß es sich um zwei verschiedene Aspekte handelt.

3. Bebaute Grundstücke in einer abgabengesteuerten Bodenordnung

Ein etwas anderes Bild ergibt sich übrigens auch in einer abgabengesteuerten Bodenordnung bei bebauten Grundstücken. Durch das Bauwerk haben

sie einen durch Arbeits- und Kapitaleinsatz zustande gekommenen ökonomischen Wert, der nicht in die Hand der Gemeinschaft gehört. Das Errichten von Bauwerken ist eine Leistung, die angeboten und nachgefragt wird. Veräußerung und Erwerb zwischen den Individuen sind daher hier durchaus sinnvoll: Es muß einen Markt geben! Gleichzeitig bleibt die Abgabe bestehen, die dem reinen Boden seinen ökonomischen Wert entzieht. Damit aber entsteht ein Problem: Welche Bewegungsrichtung nimmt das bebaute Grundstück, nachdem Boden und Bauwerk doch untrennbar miteinander verbunden sind?

Hier nimmt nun offenbar das Bauwerk den Boden ins Schlepptau: Das Bauwerk wechselt wegen seiner Nutzbarkeit bzw. wegen seines ökonomischen Werts seinen Besitzer, der den ökonomisch durch die Abgabe neutralisierten Boden als notwendigen Bestandteil mitnimmt. Denn das Errichten und Nutzen des Bauwerks stellt für Grundstücke, die für die Bebauung vorgesehen sind, die planungsgerechte Bodennutzung dar, für deren Dauer ein Rückfall an die Gemeinschaft nicht in Betracht gezogen zu werden braucht. Im Unterschied zu einer Nutzung, die wie die landwirtschaftliche Nutzung – jedenfalls im Prinzip –nichts am Boden ändert, stellt die Errichtung eines Bauwerks eine dauerhafte Verbindung der Arbeitsleistung mit dem Boden dar, deren Handelbarkeit durch Verkauf, Vermietung usw. gewährleistet sein muß, damit das Bauwerk bestimmungsgemäß zu den Nutzungsinteressenten gelangt und dem, der das Bauwerk errichtet oder auch selbst nur gekauft hat, dessen ökonomischer Gegenwert zufließt.

Eine vertikale Bewegungsrichtung, d.h. ein Rückfall an die Gemeinschaft wäre bei bebauten Grundstücken sinnlos, da diese das Bauwerk nicht nutzen und auch nicht bezahlen will: Es bliebe zwar eine Entschädigung mit späterem Wiederverkauf des Grundstücks oder eine Versteigerung bei Neuvergabe mit Erlösabführung an den vorherigen Besitzer denkbar, aber das hätte keinen Vorteil gegenüber der direkten Übertragung zwischen den Individuen, bei der die Abgabe als öffentliche Last automatisch mitwandert. War die direkte Übertragung des unbebauten Bodens von einem Nutzer zum anderen die *nicht interessengemäße Abkürzung* eines substantiell zweigliedrigen Vorgangs (siehe Seite 25/26), so wäre bei der Übertragung bebauter Grundstücke die Zwischenschaltung der Gemeinschaft ein ebenso *sinnloser Umweg*. Auch ließe sie sich nicht mit der Verfügungsfreiheit des Eigentümers über den von ihm geschaffenen oder erworbenen ökonomischen Wert vereinbaren.

Für bebaute Grundstücke gäbe es also durchaus horizontalen Verkehr zwischen den Individuen, es gäbe Angebot und Nachfrage, es gäbe Preise, es gäbe einen Markt. Aber dieser Markt wäre ökonomisch ein Markt für Bauwerke, nicht für den Boden, es wäre kein Bodenmarkt. Auch würde das Grundstück bei Verfall oder Abriß des Gebäudes wieder in die ihm eigene

vertikale Bewegungsrichtung zwischen Nutzer und Gemeinschaft einmünden und sich erst bei Neubebauung wieder den horizontalen Kräften der Marktgesetze unterordnen.

Ähnlich wie die Pacht beim unbebauten Boden macht übrigens das Erbbaurecht beim bebauten Grundstück die vertikale Bewegungsrichtung des Bodens zwischen Gemeinschaft und Nutzer, die während der Dauer der Nutzung gehemmt ist, auch juristisch sichtbar (siehe Seite 28). Daß die juristische Einkleidung letztlich jedoch entbehrlich ist, weil die Abgabe schon auf rein ökonomischem Weg das gleiche Ziel erreicht, wurde bereits gezeigt.[10])

II. Die horizontale Bewegungsrichtung der Ware

Die Abgabe auf den Boden findet für die Zeit, in der der Boden zu Produktion, Transport und Lagerung der Produkte genutzt wird, in deren Kosten Eingang – aber auch nur für diese Zeit, da der Boden nach Verbringung der Waren an einen anderen Ort wieder für andere Zwecke genutzt werden kann. Die Produkte haben daher nach Aufnahme der anteiligen Abgabe als Kostenfaktor nichts mehr mit dem Boden zu tun, auf dem sie produziert, gelagert und transportiert wurden.

Die Rohstoffe stehen dagegen zu den Arbeitsprodukten in einem anderen Verhältnis: sie stellen deren materielle Substanz dar und »begleiten« sie daher von Anfang bis Ende.

Damit scheint auf eine bare Selbstverständlichkeit hingewiesen zu sein. Es wird dadurch aber klar, warum wir jetzt, wo es um die Bewegungsrichtung der Ware geht, von der Naturseite her mehr den Rohstoff als den Boden in Betracht zu ziehen haben.

1. Die ökonomische Behandlung des Rohstoffs

Zunächst eine vergleichende Betrachtung: Was dem Boden widerfährt, wenn ein Bauwerk auf ihm errichtet wird, geschieht in ähnlicher Weise mit den Bodenschätzen und Rohstoffen, wenn sie durch die Arbeit zu Produkten umgewandelt werden: in beiden Fällen entsteht eine – mehr oder minder lang anhaltende – Verbindung der Naturseite mit der Arbeit[11]); in beiden

[10]) siehe dazu auch die Gegenüberstellung: »Erbbaurecht und Bodensteuer – zwei Wege zum gleichen Ziel« in »Fragen der Freiheit« Heft 245, Seite 51–54.

[11]) Bei der Errichtung eines Bauwerks auf dem Boden handelt es sich in zweifacher Hinsicht um eine solche Verbindung: um die zwischen Arbeit und Baumaterialien im Bauwerk und um die zwischen Bauwerk und Boden.

Fällen wird die zunächst ausschließlich zwischen der Gemeinschaft und dem Nutzungsinteressenten bestehende vertikale Beziehung durch die Arbeit für Dritte (Mieter, Käufer usw.) von Interesse, wodurch eine horizontale Bewegungstendenz entsteht.

Laufende Abgaben auf Rohstoffe ?

Für die Arbeitsprodukte stellt sich nun die Frage, ob der unterschiedlichen Herkunft von Stoff und Arbeit nicht in ähnlicher Weise Rechnung getragen werden sollte wie beim bebauten Grundstück. Das würde bedeuten, daß für den Stoff der mit seiner Nutzung verbundene ökonomische Vorteil *laufend* durch eine an die Gemeinschaft zu zahlende Abgabe abgeschöpft werden müßte, während der Arbeitsanteil aufgrund von Angebot und Nachfrage seinen Preis auf dem Markt finden würde. Wie die laufende Abgabe auf den Boden dazu führt, daß der Preis bebauter Grundstücke nur noch dem Wert des Hauses entspricht, so würde der Warenpreis nur noch den Marktwert der im Stoff inkorporierten Arbeitsleistung, also deren Knappheit zum Ausdruck bringen.

Aber gegen eine solche Abgabenregulierung des Rohstoffbereichs gibt es gravierende und durchschlagende Einwände: Während die Feststellung von Größe und Belegenheit der Grundstücke nur eine einmalige Erhebung erfordert, müßte der Rohstoffanteil sämtlicher Roh-, Halb- und Fertigfabrikate sowie der Waren beim Handel und beim Verbraucher nach Art und Menge sowie nach ihren jeweiligen Inhabern laufend ermittelt und zur Grundlage von Abgabenbescheiden gemacht werden – eine offensichtlich nicht zu bewältigende und von der dafür notwendigen Machtausstattung der Staatsorgane her auch gar nicht wünschenswerte Aufgabe. Andererseits ist die Verbindung von Arbeit und Stoff im Arbeitsprodukt in der Regel zeitlich von wesentlich kürzerer Dauer als die der Bauwerke mit dem Boden, so daß man die durchschnittlich anfallende, am Rohstoff hängende Rente auch in einer einmaligen Zahlung erfassen kann.

Allenfalls könnte man daran denken, die Rohstoffe *bis zu ihrer Bearbeitung* einer laufenden Abgabe zu unterwerfen, um die Spekulation zu unterbinden und die Bestandshaltung zu minimieren[12]). Denn einerseits ist in der

[12])Zum Ausmaß der Spekulation mit Bodenschätzen vgl. z. B. Ingrid Hielle, Das Ende der Silberspekulation, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juni 1998, Seite 17; danach kletterte der Silberpreis, ausgelöst durch Spekulationen des Amerikaners Warren Buffet, der zwischen Juli 1997 und Februar 1998 4040 Tonnen Silber (rund 20% des weltweiten Jahresbedarfs) aufgekauft hatte, im gleichen Zeitraum von 4,25 Dollar je Feinunze auf fast 8 Dollar – nicht ganz so hoch wie zu Beginn der achtziger Jahre, als die Spekulation der Brüder Hunt, Texas, den Silberpreis vorübergehend auf 50 Dollar getrieben hatte.

Phase *vor der Verarbeitung* die Erfassung der Mengen und Inhaber noch relativ leicht und andererseits erhält der Stoff *durch die Bearbeitung* einen vergänglichen Wert und damit die für die Ware charakteristische Tendenz zum Markt und zum Verbrauch hin, so daß man sich ab diesem Zeitpunkt um Hortung und Spekulation unter normalen Umständen keine Sorgen mehr zu machen braucht. Selbst als Abfall bleibt der Ware die Tendenz zur Weiter- bzw. Aufgabe erhalten, weswegen sie ja mangels anderer Interessenten durchweg wieder bei der Gemeinschaft landet.

Käuflichkeit der Rohstoffe

Einerlei nun, für welche Variante man sich entscheidet: Irgendwann muß der ökonomische Vorteil der Rohstoffe *durch einen Preis* an die Allgemeinheit abgeführt werden. Dabei soll im Folgenden aus Darstellungsgründen von der Entnahme als Schnittstelle ausgegangen werden, ohne daß der Gedanke einer Abgabenbelastung *bis zur Bearbeitung* damit verworfen werden soll.

Zunächst ist festzustellen, daß man die Preise für die Rohstoffentnahme zwar zur Bodenrente der betroffenen Grundstücke zählen und mit dieser erheben kann. Es bleiben aber zwei deutlich zu unterscheidende Bestandteile. Denn während die Bodenrente grundsätzlich entsprechend der *Nutzungszeit* erhoben wird, richten sich die Rohstoffpreise primär nach den *Entnahmemengen*, von denen ja auch der ökonomische Wert des Entnahmerechts abhängt. Dies schließt zeitliche Begrenzungen nicht aus, innerhalb derer die in der Entnahmekonzession angegebene Rohstoffmenge entnommen sein muß. Doch empfiehlt es sich, die Frage der Zeit, wenn erforderlich, ebenso wie die der zulässigen Entnahmeorte auf der Planungsebene festzulegen und in die Vergabebedingungen der Nutzungsrechte aufzunehmen. Es bleibt dann die Menge des Rohstoffs, für deren bedingungsgemäße Entnahme Preise zu zahlen sind, so daß der Gegenwert des Entnahmerechts in die Bodenrente des betroffenen Grundstücks nicht eingeht.

Der ökonomische Gegenwert der Rohstoffe, ihr Knappheitswert ist dann zwar zu Gunsten der Allgemeinheit abgeschöpft, aber eben durch eine *einmalige* Zahlung und nicht, wie beim Boden, durch eine *laufende* Neutralisierung ihres Nutzungsvorteils. Bei dieser Einmal-Zahlung handelt es sich nicht wie bei den Bodenpreisen um kapitalisierte, ewige, sondern nur um aufaddierte, endliche Renten: Die Rohstoffpreise werden den aufaddierten Nutzungsvorteil während der Dauer ihrer Verwendbarkeit und Nutzung wiedergeben, nicht deren Kapitalisierung entsprechend dem auf dem Kapitalmarkt geltenden Zinssatz! Es besteht insofern also kein Unterschied zum Preis einer Ware. Nur im Falle ewiger Nutzbarkeit, wie sie vielleicht bei gewissen Metallen und Edelsteinen und deren Verwendung als Schmuck an-

genommen werden kann, würde ein einmaliger Preis den Wert des ökonomischen Vorteils streng genommen nicht erfassen können. Aber dieser Randbereich dürfte nicht besonders ins Gewicht fallen und bleibt deshalb jedenfalls im Rahmen dieser Darstellung außer Betracht[13]).

Immerhin bleibt Vorsicht geboten, denn die wohltätigen Wirkungen einer Abgabe auf den Umgang mit dem Boden: der laufende Druck zur Nutzung und der Ausschluß der Spekulation, werden sich bei den Rohstoffen, wenn sie erst einmal bezahlt sind, nicht mehr so verläßlich einstellen wie beim abgabenbelasteten Boden. Man muß sich hier in erster Linie auf die Schwächung der Position, die der Inhaber und Nutzer durch die Bearbeitung des Stoffs und die dadurch begründete Vergänglichkeit der Ware hinnehmen muß, verlassen[14]).

2. *Die Ware als Produkt von Arbeit und Rohstoff*

Im Ergebnis haben wir in der Ware als dem Produkt von Arbeit und Rohstoff (das Kapital bleibt in dieser Betrachtung ausgeklammert) einen ökonomischen Wert, der sich zusammensetzt aus dem ökonomischen Gegenwert des Rohstoffs und dem der Arbeit. Im Preis der Ware ist der Rohstoff- wie der Arbeitsanteil entsprechend seiner Knappheit enthalten. Dabei ist die Knappheit der Rohstoffe im Prinzip gegeben, auch wenn ihre Verfügbarkeit durch staatliche Planung reguliert werden kann, während die Knappheit der Arbeit – jedenfalls bei Vollbeschäftigung – vom Arbeitswillen der Menschen und ihren Fähigkeiten abhängt, von diesen also beeinflußt werden kann. Spricht man daher von den Waren als Gütern, deren Vermehrung im Gegensatz zum unvermehrbaren Boden jederzeit möglich sein soll, so muß man sich stets der Bindung ihrer Produktion an die Natur- und an die Arbeitsgrundlage und der daraus folgenden Begrenzungen bewußt sein.

[13]) Immerhin macht die traditionelle Verwendung von Silber als Schmuck Indien zum weltweit größten Importeur dieses Edelmetalles, so die Autorin des in Fußnote 8) erwähnten Artikels, die meint, es »könnte der im ersten Quartal dieses Jahres registrierte, außerordentlich hohe Preis am Weltmarkt für Silber selbst manchen indischen Kleinbauern veranlaßt haben, sich von einem Teil seines Horts zu trennen.«

[14]) Ebensowenig wie den Rohstoffen *vor* der Bergung haftet übrigens diese Vergänglichkeit der Natur als Aufnahmemedium für Emissionen an. Deshalb sollte hier, etwa bei der Ausgabe von Umweltnutzungszertifikaten, unbedingt mit laufenden Abgaben und keinesfalls mit Preisen gearbeitet werden! Hortung und Spekulation mit den Zertifikaten sind sonst so wenig auszuschließen wie heute beim Bodeneigentum oder auch bei unverarbeiteten Rohstoffen (siehe Fußnote 10).

Die Umlenkung der Bewegungsrichtung des Rohstoffs in die Horizontale durch Arbeit und Wert

Was bringt nun eigentlich die Arbeit zum Rohstoff hinzu? Sie ist ein Element, das *für das Verhältnis zwischen den Individuen von Bedeutung* ist, nicht jedoch für das Verhältnis zur Gemeinschaft! Für das Gemeinschaftsinteresse am Rohstoff ist es gleichgültig, wie dieser bearbeitet wird: Rohstoff bleibt Rohstoff, auch in der Form der kunstreichsten Bearbeitung. Die Gemeinschaft hat dem Einzelnen den Rohstoff mit gewissen rechtlichen Nutzungsbeschränkungen überlassen. Wie diese Nutzung dann aussieht, das interessiert sie in ihrer Zuständigkeit für die Naturgrundlage nicht, sofern nur die von ihr vorgegebenen Bindungen eingehalten werden.

Durch die Bearbeitung erfährt der Rohstoff eine Steigerung, und zwar sowohl ökonomisch, was sich in der entstehenden Nachfrage und in der Erzielung einer Gegenleistung auf dem Markt zeigt, als auch rechtlich durch verstärkte individuelle Abwehransprüche gegen Eingriffe Dritter, Schadensersatzansprüche usw. Dabei ist es der ökonomische Wert, der für die Horizontalbewegung der Güter, für ihre Zirkulation zwischen den Individuen konstitutiv ist, während das Recht nur zum Schutz dieses Wertes, um ihn ungestört nutzbar, handelbar und verkehrsfähig zu machen, notwendig ist. Die Umlenkung der vertikalen in eine horizontale Bewegungsrichtung ist also rein ökonomisch bedingt. Denn die Arbeit, die den Wert schafft, ist auf die Nachfrage ausgerichtet. Von der Nachfrage gewollt zu werden, Gegenstand ihres Interesses zu sein, ist ihr objektiver Sinn, auch wenn dieser um der Gegenleistung willen verfolgt wird. Die horizontale Bewegungsrichtung der Ware entspricht ihrer sozialen Zweckbestimmung. Rechtlich wird dagegen nichts umgelenkt: Die öffentlich-rechtlichen Nutzungsbeschränkungen gelten bei und nach der Bearbeitung unverändert fort. Was sich rechtlich ändert, sind nur Hinzufügungen, die dem Schutz des ökonomischen Wertes dienen, der durch die Arbeit geschaffen wurde.

Die Horizontale als spezifisch menschliche Bewegungsebene

Wäre der Mensch ein reines Naturwesen, so würde er die Natur stets so nutzen wie sie ist – es gäbe nur das Verteilungs- und Zuordnungsproblem, das z. B. auch die Tiere dort, wo die benötigte Natur knapp ist, lösen müssen. Aber es gäbe keine Arbeit und keinen Tausch. Und wo es sich nur um Boden und Rohstoffe handelt, gibt es in der Tat auch für den Menschen ökonomisch zunächst nur das Verteilungs- bzw. Zuordnungsproblem. Aber dem Menschen genügt die Erde mit ihren Schätzen so, wie sie ist, nicht, er bringt sie sich meist erst durch Arbeit in einen für ihn nutzbaren Zustand. Nahrung, Kleidung, Wohnung, Werkzeuge und Instrumente usw.: alles dies ist nicht

vorgefundene Natur, sondern wird brauchbares Konsumgut oder Produktionsmittel erst durch die Bearbeitung des Stoffs, über dessen Verteilung nun die Besitzer unter sich nach Angebot und Nachfrage entscheiden. So ist der Tausch, die horizontale Bewegungsrichtung, begründet durch Arbeit und Arbeitsteilung, ein spezifisch menschliches Phänomen. Man kann zwar durchaus sagen, daß die Waren ihren Wert nicht entsprechend der auf sie verwendeten Arbeit oder gar Arbeitszeit haben; aber man kann nicht bestreiten, daß sie für andere erst durch die Bearbeitung von Interesse werden, denn ohne Arbeit wären sie Rohstoff und als solcher vielleicht zwar knapp, aber doch ohne unmittelbar nutzbaren Wert. Die horizontale Bewegung wird erst durch die Arbeit uns den durch sie der Ware mitgeteilten Wert konstituiert. Auf ihn richtet sich das ökonomische Interesse, sofern das Produkt geeignet ist, die Bedürfnisse, für die es hergestellt wurde, auch zu befriedigen. Mit Angebot und Nachfrage entsteht dadurch eine in der Natur sonst nicht vorhandene, spezifisch menschliche, horizontale Ebene.

Ist der Wert verbraucht, so erlahmt die horizontale Spannung oder fällt ganz weg und es bleibt die – durch den Wert vorübergehend überlagerte – vertikale Tendenz des Rohstoffs bzw. Abfalls zur Gemeinschaft hin übrig! Der Wert wird also durch die Arbeit auf- und durch die Nutzung, den Verbrauch abgebaut. Das Schicksal der Ware mit ihrer Horizontalbewegung ist eingeschlossen zwischen Rohstoff und Abfall, die einer Vertikalbewegung folgen.

Kein Wunder übrigens, daß die horizontale Spannung und Bewegung auch dort herrscht, wo – wie insbesondere bei der Dienstleistung – gar kein Stoff bearbeitet wird, mit dem Rohstoff bzw. Boden usw. daher auch der Gemeinschaftsbezug von vornherein fehlt. Es gibt daher natürlich einen Markt für Dienstleistungen, aber er beginnt und endet nicht in der Gemeinschaft, er ist nicht eingerahmt von Gemeinschaftsbindungen wie die Ware zwischen Rohstoff und Abfall. Die Ware als materialisierte Dienstleistung bekommt eben erst durch diese Materialisierung den spezifischen Aspekt ihrer Gemeinschaftsbindung.

Die Überlegungen zur Konstituierung der horizontalen Bewegungsrichtung der Waren durch den Wert bestätigen übrigens die komplementären Betrachtungen zum Boden, der gerade durch seine Ent-Wertung aus der horizontalen Bewegungsrichtung, in die er durch die Kapitalisierung gedrängt worden war, zurückgenommen und wieder in die ihm angemessene vertikale Bewegungsrichtung gebracht wird.

(Fortsetzung folgt im nächsten Heft)

Die Soziale Marktwirtschaft in der Bewährung*)

Laudatio anläßlich der Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette
an Dr. Michael Otto am 9.2.1998

Kurt Biedenkopf

Sehr geehrter Herr Dr. Voss, Herr Kollege Starbatty, Herr Dr. Otto, meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich danke der Aktionsgemeinschaft für die Einladung, hier heute eine Rede halten zu dürfen. Wie ich jetzt erfahren habe, müßte sich der Dank eigentlich an Herrn Dr. Otto richten. Bei Ihnen bedanke ich mich ganz besonders. Es ist für mich eine große Auszeichnung, daß Sie den Wunsch geäußert haben, daß ich aus diesem Anlaß sprechen soll.

Sie, Herr Dr. Otto, beglückwünsche ich zur Verleihung der Alexander-Rüstow-Plakette. Ich beglückwünsche die Aktionsgemeinschaft dazu, daß Sie hier Preisträger geworden sind, und ich beglückwünsche mich dazu, daß ich jetzt hier reden darf.

Es geht um die soziale Marktwirtschaft in ihrer Bewährung. Vorausschicken sollte ich, daß sich die soziale Marktwirtschaft immer bewähren muß. Sie ist wie jede von Menschen geschaffene Ordnung abhängig von der ständigen Unterstützung, Weiterentwicklung und Erneuerung durch menschliches Handeln. Herr Starbatty hat sowohl in seiner Begründung für die Verleihung als auch in seiner Einführung darauf verwiesen. Herr Voss sprach vom darwinistischen Wettbewerb aller gegen alle, der Evolution und vom Popperschen Wettbewerb.

Die soziale Marktwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, daß sie nicht nur eine Organisationsform, sondern eine Wirtschaftsverfassung ist, nicht nur ein Organisationsprinzip, sondern Wertordnung. Sie beruht auf einer, möchte man sagen, genialen Kombination von nationalökonomischen Einsichten in die Bedingungen einer modernen arbeitsteiligen Wirtschaft und den Ein-

*) Im Rahmen der hier abgedruckten Laudatio hat Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Ausführungen zur Sozialen Marktwirtschaft gemacht, wie man sie sonst nur selten zu hören bekommt. Ein echtes Verständnis dieser Wirtschaftsordnung in weiten Kreisen der Bevölkerung ist aber in einem demokratischen Gemeinwesen Voraussetzung für ihre Erhaltung und ihre notwendige Weiterentwicklung. Wir freuen uns daher, diese Rede hier abdrucken zu können, und danken sowohl Herrn Prof. Dr. Biedenkopf als auch Herrn Prof. Dr. Starbatty, dem Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, in deren Rahmen die Laudatio gehalten wurde, für die hierfür erteilte Genehmigung.

sichten in die notwendigen Wertstrukturen und Wertordnungen, ohne die eine freiheitliche wertgebundende Gesellschaft nicht möglich ist.

Deshalb sind konstituierende Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft die Freiheit des Einzelnen – Herr Dr. Otto und Herr Starbatty haben davon gesprochen –, die Verantwortungsfähigkeit des Einzelnen, die soziale Verpflichtung und der Wettbewerb. Der Wettbewerb ist aber nicht nur als Motor der Evolution, als schöpferischer Prozeß unter Einschluß der von Schumpeter immer wieder so beschriebenen auch schöpferischen Zerstörung des Überholten, des Älteren, um Platz zu machen für Neues, sondern auch aus normativen Gründen bedeutsam. Franz Böhm ist nicht müde geworden, darauf hinzuweisen, daß der Wettbewerb ein Entmachtungsinstrument ist. Das heißt, eine Form der gesellschaftlichen Gestaltung, die es gerade verhindert, daß sich in der Gesellschaft Machtzentren bilden, die nicht nur der ökonomischen Effizienz der Ressourcenallokation abträglich sind, sondern vor allem der Freiheit ihrer Mitglieder.

Die Vereinigten Staaten haben diese Verbindung zwischen Wettbewerbsordnung und Freiheitsschutz gegen Ende des 19. Jahrhunderts sehr viel deutlicher gesehen als die Entwicklung zur gleichen Zeit in Deutschland. Sherman, ein Senator, nach dem das amerikanische Anti-Trust-Gesetz, der Sherman-Act benannt ist, sprach im Jahre 1890 bei der Einbringung des Sherman-Acts in den Senat davon, daß ein Land, das keinen politischen Diktator dulde, nämlich die Republik der Vereinigten Staaten, auch keinen Diktator über Preise und Geschäftsbedingungen akzeptieren könne. Das heißt, er wollte zum Ausdruck bringen, daß der Monopolist mit der Demokratie unvereinbar ist. In beiden, sowohl im politischen wie im wirtschaftlichen Diktator, sah er die Bedrohung von Freiheit.

Etwa zur gleichen Zeit hatte das Reichsgericht in Deutschland die Frage zu entscheiden, ob Verabredungen zur Beherrschung des Marktes sittenwidrig seien. Das Reichsgericht hat die Frage nicht als eine Frage der Wirtschaftsverfassung verstanden und deshalb anders entschieden. Es meinte, derartige Vereinbarungen seien nicht sittenwidrig, wenn sie dem ordnungsgemäßen Ablauf wirtschaftlicher Tätigkeit dienten, es sei denn, sie führten zur Existenzvernichtung der Betroffenen. Dieser Grundsatz kam auch in der Kartellverordnung in der Weimarer Republik wieder zum Tragen. Im Prinzip besagt er: Die Vertragsfreiheit steht auch für Vereinbarungen zur Verfügung, die das Ziel haben, die Vertragsfreiheit anderer zu beschränken.

Hier haben wir es mit einem prinzipiellen Unterschied des Zugangs zu einem Grundproblem der marktwirtschaftlichen Verfassung zu tun, der uns in Europa, insbesondere in Kontinentaleuropa – Frankreich und Deutschland als die wichtigsten Länder – bis heute beschäftigt.

Der Wettbewerb soll durch die freiheitliche Verfassung auch der Begrenzung staatlicher Macht dienen, denn er beruht auf der Privatrechtsordnung, nicht auf dem öffentlichen Recht. Wir können über die freiheitliche Verfaßtheit einer Gesellschaft sehr genau Auskunft geben, wenn wir nach der Rolle der Privatrechtsordnung in der Gesellschaft fragen. So kann es nicht verwundern, daß das Privatrecht in der ehemaligen DDR keine große praktische Bedeutung hatte. Es regelte vergleichsweise einfache Rechtsbeziehungen zwischen den Nächstbeteiligten, aber sobald die Vorgänge wirtschaftlich relevant waren, wurde das Privatrecht durch den Plan und damit durch Eingriffe von hoher Hand verdrängt.

Was die soziale Marktwirtschaft besonders auszeichnet, prägt, aber auch zu einer großen Herausforderung macht, ist mit anderen Worten der Umstand, daß wir es hier mit einer Zusammenführung von Wertordnung und wirtschaftlichen Zielen zu tun haben. Um noch einmal Franz Böhm, meinen Lehrer hier in Frankfurt, zu zitieren: Die soziale Marktwirtschaft ist eine große kulturelle Leistung.

Diese beruht auf einer Fülle von Erfahrungen, denen wir im einzelnen noch begegnen werden. Eine der wichtigsten Erfahrungen ist, daß die Austauschgerechtigkeit unter gleichberechtigten Marktteilnehmern unter der Bedingung des Wettbewerbs am ehesten erreicht wird. Jahrhundertelang haben sich die Menschen mit der Frage befaßt, was ein gerechter Lohn und ein gerechter Preis sei. Sie haben diese Frage nie beantworten können. Sie haben sie letztlich mit dem System der Wettbewerbsordnung beantwortet – aber jetzt nicht im Sinne des liberalistischen Wettbewerbsgedankens des 19. Jahrhunderts, der darwinistischem Denken sehr nahe kam, sondern der wertgebundenen Wettbewerbsordnung. Man sagte: Austauschgerechtigkeit ist am ehesten dann zu erwarten, wenn die Marktteilnehmer, die über den Markt ihre jeweiligen Interessen und Beziehungen unmittelbar regeln, unter Wettbewerbsbedingungen, das heißt, vergleichsweise machtlos handeln.

Die zweite zentrale Bedingung für die Ordnung der sozialen Marktwirtschaft ist das stabile Geld. Es wird immer wieder übersehen, daß die Geldverfassung eine zentrale Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft hat. Sobald Geld zum Gegenstand politischer Manipulation wird, das heißt zu einem Interventionsinstrument unter mehreren, wird die soziale Marktwirtschaft in ihrem Kern bedroht. Denn die Austauschgerechtigkeit soll nicht nur im Augenblick des Austausches gelten, sondern auch über längere Zeiträume erhalten bleiben.

Geldentwertungen sind deshalb allemal unsoziale Umverteilungen zu Lasten derer, die nicht die Möglichkeit haben, sich gegen sie zu schützen. Dies auf welche Weise auch immer: Sei es durch langfristig angelegte Strategien, durch Marktmacht oder – worauf Dr. Otto in anderem Zusammenhang hin-

gewiesen hat – dadurch, daß sie sich des staatlichen Interventionsmechanismus bedienen und sich so gewissermaßen selbst vor den Folgen einer verfehlten Politik zu schützen in der Lage sind. Auch dieser Zugang zum staatlichen Gewaltmonopol und seine Inanspruchnahme für Subventionen, Interventionen oder auf andere Weise ist – im Prinzip jedenfalls – mit den Grundsätzen der Austauschgerechtigkeit und der allgemeinen Gerechtigkeit in der sozialen Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren.

Die soziale Marktwirtschaft ist also ein normgebundenes System. Sie will Gerechtigkeit verwirklichen und Effizienz anstreben. Es war bei Herrn Starbatty die Rede davon, daß der soziale Unternehmer zugleich der effizienteste Unternehmer sei. Dieser Satz ist verallgemeinerungsfähig.

Eine Ordnung, die von allen Beteiligten als im großen und ganzen gerecht und jedenfalls um Gerechtigkeit bemüht begriffen wird, hat eine sehr viel höhere Akzeptanz und erlaubt dem Einzelnen auch eine größere Identifikation mit den mit jeder Ordnung verbundenen Aufgaben und Verantwortungen. Das Gebot der Sozialpflichtigkeit des Eigentums in unserer Verfassung steht gewissermaßen stellvertretend für diese Bindung. Es ist nicht auf das Eigentum begrenzt. Es gilt der Idee nach in der sozialen Marktwirtschaft für alle Bereiche, die Einzelnen oder Gruppen zur autonomen Gestaltung zugewiesen sind, so zum Beispiel auch für die Tarifautonomie, für das Vereinsrecht, für die Meinungsfreiheit im Sinne von Presse, oder für die Presse- und die Freiheit von Rundfunk und Fernsehen. Überall ist im autonomen Handeln der freiheitlich handelnden Bürger die Verantwortung mit angelegt, die jeweils gewährten Rechte in einer sozialpflichtigen, man könnte auch sagen sozialverträglichen Weise auszuüben.

Wobei diese Sozialverträglichkeit keineswegs allein durch die Gesetzgebung erzwungen werden kann. Sie muß in der Verantwortungsfähigkeit und im Verantwortungswillen der Menschen selbst angelegt sein. Die soziale Marktwirtschaft ist eine Gemeinschaftsveranstaltung. Kein Staat kann die soziale Marktwirtschaft ohne das kulturelle und geistige Fundament in der Bevölkerung selbst verwirklichen. Es sind in erster Linie die Menschen, die sie im demokratischen Prozeß verwirklichen.

Franz Böhm hat immer davon gesprochen, daß die Kaufkraft der Marktteilnehmer zugleich das Stimmrecht der Bürger im Markt sei. Mit ihm entscheiden sie über ihre Prioritäten und wie die Dinge im Einzelfall weitergehen sollen. Nur wenn sich alle an einer lebendigen Ordnung beteiligen, kann sich soziale Marktwirtschaft entwickeln und entfalten. Jede lebendige Ordnung steht in der Gefahr, daß die Gleichgewichte und die Ausgewogenheiten, die sich widersprechenden Interessen, Wünsche, Hoffnungen, Erwartungen und Forderungen der Menschen sie bedrohen oder gefährden können. Die soziale Marktwirtschaft als kulturelle Leistung, und zwar als die wohl denkbar höch-

ste kulturelle Leistung im Sinne der Organisation freiheitlicher Gesellschaft und freiheitlicher Wirtschaft, steht stets in der Gefahr des Rückfalls in primitivere Ordnungen. Diese einfacheren Ordnungen äußern sich entweder in feudalistischen oder ständestaatlichen Strukturen, oder sie treten, was wir bis vor kurzem auch in Deutschland erlebt haben, in Gestalt des vormundschaftlichen Staates auf – dieses vormundschaftlichen Staates, der die Menschen erst verführt und dann dazu zwingt, ihm ihre Freiheit für das Versprechen zu überlassen, daß er die Dinge mit staatlichen Mitteln besser lösen kann als auf der Basis der Freiheit.

Die Herausforderungen, in denen sich dieses geniale System der sozialen Marktwirtschaft bewähren muß, sind vielfältig. Ich möchte einige, wie mir scheint, wichtige auswählen. Die erste Herausforderung, die ich gerade in der Gegenwart sehe, ist die Akzeptanz der Ordnung oder – man kann auch sagen das Akzeptanzdefizit. Wenn es richtig ist, daß eine auf Freiheit und Verantwortung beruhende Ordnung von den Menschen als Ordnung angenommen und getragen werden muß, weil man sie nicht gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger erzwingen kann, dann ist die Frage der Akzeptanz eine Schlüsselfrage. Leider müssen wir feststellen, daß die Akzeptanz unserer Wirtschaftsordnung, der sozialen Marktwirtschaft, in den letzten Jahren ständig zurückgegangen ist, insbesondere in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland.

In Ostdeutschland war die Akzeptanz der Wirtschaftsordnung – was nicht überraschen kann – im Jahr der deutschen Einheit außerordentlich hoch. Sie ist aber seitdem kontinuierlich gesunken: von 69 Prozent 1990 über 54 Prozent 1991, 44 Prozent im Jahr 1992, 35 Prozent im Jahr 1993 auf 22 Prozent im Jahr 1997. Was ist hier geschehen? Ganz offensichtlich haben sich die Menschen mit dem, was sie in concreto erlebt haben, nicht mehr in den Erwartungen wiederfinden können, die sie an die soziale Marktwirtschaft hatten. Aber auch im Westen erleben wir einen Rückgang der Zustimmung, wenn auch nicht so ausgeprägt. 1994 waren 57 Prozent der Bürger in Westdeutschland bereit, ihre Wirtschaftsordnung als eine gute, eine richtige Wirtschaftsordnung anzusehen, 1997 noch 40 Prozent.

Die Zahl von 1997 entspricht in etwa der Zahl Anfang der 50er Jahre, als die soziale Marktwirtschaft in Deutschland auch nicht mehrheitsfähig war. Unter dem Eindruck der damals schnell steigenden Arbeitslosigkeit als Folge der Koreakrise und aus einer Reihe anderer Gründe war die soziale Marktwirtschaft der Bevölkerung, die gerade aus einer Zwangswirtschaft herausgetreten war, zunächst eher suspekt. Später hat sich die neue Ordnung vor allem durch ihre wohlstandsmehrenden Leistungen als eine gute Ordnung erwiesen und legitimiert. Inzwischen ist die Verläßlichkeit dieser Wirkungen fragwürdig geworden. Damit sinkt auch die Akzeptanz der Ordnung.

Wenn die Akzeptanz zurückgeht, dann ist es nicht überraschend, daß sich auch das Unternehmerbild ändert. Eine bedeutsame, zum Nachdenken Anlaß gebende Veränderung ist die wachsende Zahl der Menschen, die im Unternehmer denjenigen sehen, der nur an seinen persönlichen Gewinn denkt. 1980 waren im Westen 38 Prozent dieser Auffassung, im Jahre 1997 waren es immerhin 65 Prozent, rund zwei Drittel. Im Osten vollzieht sich eine ähnliche Entwicklung, wobei es uns nicht überraschen kann, daß die Skepsis im Osten schon 1993 der des Jahres 1997 im Westen entsprach, nämlich 64 Prozent. Jetzt sind es 73 Prozent, die im Unternehmer jemanden sehen, der nur seinen Gewinn im Auge hat.

Das hat wiederum Auswirkungen auf die Ansichten der Bevölkerung in Bezug auf die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Herr Dr. Otto hat uns in eindrucksvoller Weise dargelegt, wie wichtig es ist, daß sich die Menschen im Unternehmen an ihrem jeweiligen Platz mit der unternehmerischen Aufgabe identifizieren können. Denn sie können nur dann in eigener Verantwortung ein Stück zur Verwirklichung des Unternehmensziels beitragen. Ein solches partnerschaftliches Verständnis des Unternehmens ist an sich in der sozialen Marktwirtschaft angelegt. Gleichwohl sind im Westen nach einer neueren Umfrage nur 41 Prozent und im Osten sogar nur 26 Prozent der Auffassung, daß zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ein solches partnerschaftliches Verhältnis bestehe oder bestehen könne. 44 Prozent im Westen und 56 Prozent im Osten sind dagegen der Auffassung, daß der Klassenkampf, das heißt die Unvereinbarkeit, um nicht zu sagen Unversöhnlichkeit der sich gegenüberstehenden Interessen das Verhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestimme.

Die Arbeitslosigkeit, von der die Rede war, wird der Wirtschaftsordnung angelastet, nicht nur der Politik, also auch der sozialen Marktwirtschaft. Ihre Leistungsfähigkeit, eine gerechte Ordnung zu schaffen oder schaffen zu können, wird bezweifelt. Vielfach wird jedoch einfach ihre Funktionsweise nicht verstanden, was nicht überraschend ist. Denn die soziale Marktwirtschaft wird weder in unseren Schulen noch an Universitäten als eigenständiger Gegenstand gelehrt.

Wenn es sich jedoch um eine hohe kulturelle Leistung handelt, die von der Bevölkerung insgesamt oder doch zumindest von einem wesentlichen Teil der Bevölkerung aktiv mit getragen und erbracht werden muß, dann ist es schon fahrlässig, darauf zu verzichten, die Grundlage dieser Kultur – und damit auch ihrer Kulturtechniken, die man beherrschen muß, um an der sozialen Marktwirtschaft teilnehmen zu können – nicht immer wieder systematisch zu erneuern und von Generation zu Generation, von Jahrgang zu Jahrgang weiterzugeben. Das heißt, wir verlassen uns in einer Weise auf die Fähigkeit der Ordnung, sich selbst zu erklären, wie wir es bei keiner anderen

westlichen Ordnung tun würden, sei es die Rechtsordnung, seien es technische oder sonstige Kulturfähigkeiten.

Bei so stark geschrumpfter Akzeptanz muß die Frage gestellt werden, ob wir es bei dem, was wir heute erleben, wirklich noch mit der sozialen Marktwirtschaft zu tun haben, die zu Beginn der Entwicklung in Westdeutschland, nach einem intensiven Ringen in den 40er und 50er Jahren, die Akzeptanz der Bürger durch ihre Leistungen erworben hat, oder hat sich unter dem Begriff soziale Marktwirtschaft – unter dieser guten alten Firma – heute etwas firmiert, das inzwischen, jedenfalls in weiten Teilen, anderen Ordnungsvorstellungen gehorcht, die nicht mehr den gleichen Grundsätzen und Ordnungsprinzipien, dem ORDO, wie die Freiburger Schule es nannte, verpflichtet sind. Mir scheint, dafür gibt es eine Reihe von Indizien, denen ich im folgenden nachgehen möchte.

Herr Dr. Otto hat schon, wenn auch in anderem Zusammenhang, auf die wachsende Zahl von Gesetzen und Verordnungen und ihre Änderungen hingewiesen. Schnelle Gesetzesänderungen sind alle Ausdruck eines generellen Phänomens, nämlich der staatlichen Intervention. Der Umfang staatlicher Interventionen in den Prozeß der sozialen Marktwirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten ständig zugenommen. Dabei sind die Hauptinterventionsquellen der Bund, zu einem gewissen Teil auch die Länder und – seit einigen Jahren hinzugetreten – mit wachsender Bedeutung die Europäische Gemeinschaft. Von diesen drei Ebenen gehen im wachsenden Umfang Interventionen in die soziale Marktwirtschaft aus.

Zum zweiten der hohe Staatsanteil, von dem auch schon die Rede war. Beides, Intervention und hoher Staatsanteil werden durch die wachsende Arbeitslosigkeit angetrieben. Je höher die Arbeitslosigkeit, um so lauter der Ruf nach staatlicher Intervention, nach Neuverschuldung zur kurzfristigen Entlastung der Arbeitsmarktentwicklung. Wir erleben in Wirklichkeit einen Teufelskreis, denn die Arbeitslosigkeit beruht zu einem wesentlichen Teil darauf, daß man die Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft verlassen hat: durch wachsende Interventionen, durch wachsenden Staatsanteil, durch über die Aufgabenstellung des Sozialen hinaus gewachsene Umverteilungssysteme, die noch immer mit Erfolg den Anspruch des Sozialen für sich in Anspruch nehmen, um sich vor wirksamer Kritik zu schützen. Dieser Teufelskreis ist mit den gegenwärtig noch immer gängigen, also den traditionellen Mitteln nicht zu durchbrechen.

Die Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft zur Interventionswirtschaft bedeutet eine Zunahme der punktuellen Interventionen in das wirtschaftliche Geschehen. Diese folgen nicht mehr einem allgemeinen Ordnungsprinzip, deshalb beklagen wir zu Recht einen Verlust der ordnungspolitischen Orientierung. Franz Böhm hat in seiner unnachahmlichen Sprache in vielen Auf-

sätzen die Folgen dieser punktuellen Interventionen beschrieben. Er rügt die wachsende Widersprüchlichkeit, das sich Verheddern des Staates in immer größeren Widersprüchen, die daraus resultierenden Ungerechtigkeiten und das wachsende Gefühl der Menschen, der Staat handle willkürlich und nicht mehr nach vorhersehbaren Regeln. Er warnt vor den Versuchungen, die von einem wachsenden Interventionshaushalt ausgehen, vor der Korruption und dem Legitimationsverlust, den der Staat als Folge eines wachsenden Interventionismus erleidet.

Es gibt dafür hervorragende Beispiele, die ich in diesem Kreis nicht vertiefen muß. Eines der besten ist der gegenwärtige Zustand der Steuergesetzgebung. Die Steuergesetzgebung in ihrer Aggregation über die letzten 25 Jahre ist eine vorzügliche Selbstdarstellung des interventionistischen Staates. Da sich die Umwelt, in der der Staat existiert, schnell ändert, müssen auch die Interventionen schnell geändert werden. Deswegen überrascht es heute niemanden mehr, das 29. Gesetz zur Änderung irgendeines Gesetzes auf dem Tisch zu finden und bereits den Entwurf für das 30. Diese schnellen Abfolgen von Gesetzesänderungen bedeuten aber, daß eines der wichtigsten Prinzipien der Gesetzgebung durchbrochen wird: die Verläßlichkeit des Gesetzesbefehls.

Gesetze sind an sich auf Dauer angelegt. Wenn Gesetze zu Interventionsinstrumenten mit schneller Anpassungsgeschwindigkeit werden, verlieren sie ihren eigentlichen Legitimationsanspruch. Die Folge ist, daß der Staat mit seinem Verhalten – jedenfalls in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger – den Gesetzesverstoß zunehmend legitimiert, indem er den Gesetzesgehorsam der Bürger ständig weiter erschwert und zunehmend unmöglich macht. Herr Dr. Otto hat davon gesprochen, daß der Unternehmer die Gesetze, denen er folgen soll, ohne Beratungen nicht mehr verstehen kann. Gut – wenn er sich die Beratung leisten kann, kann man ihm noch immer einen Vorwurf machen, wenn er gegen Gesetze verstößt. Aber was ist mit den Millionen von Bürgerinnen und Bürger, die sich in einem vergleichbaren Gesetzesdickicht finden und nicht in der Lage sind, sich umfänglich beraten zu lassen. Der Intervertionismus ist eine Krankheit, eine Gefahr, die sich ständig selbst reproduziert. Auf Dauer praktiziert, zerstört er die soziale Marktwirtschaft.

Eng im Zusammenhang mit dem Interventionismus steht der Umfang des Staatsanteils. 1960 betrug der Staatsanteil in Deutschland 39 Prozent, heute beträgt er 50 Prozent. Wenn wir zum Staatsanteil noch die Bereiche hinzurechnen, in denen Preise oder unternehmerisches Handeln durch den Staat bestimmt werden, dann bedeutet dies: Etwas mehr als die Hälfte der volkswirtschaftlichen Leistungen wird nicht nach Wettbewerbsgesichtspunkten organisiert. Das heißt, für mehr als die Hälfte der volkswirtschaftlichen Lei-

stungen gelten nicht die Grundsätze der Ressourcenallokation und der Erzielung von Effizienzen durch Wettbewerb. Herr Dr. Otto hat zu Recht auf die Notwendigkeit der Privatisierung hingewiesen. Einer der wichtigsten Gründe für den Widerstand gegen Privatisierung von der Kommune über den Landkreis und das Land bis zum Bund ist die Angst der Betroffenen, man könne mit der Privatisierung aus dem staatlichen Schutz vor dem Leistungsdruck des Wettbewerbs verlieren. Es sind nicht in erster Linie Argumente ökonomischer Art, sondern Argumente, die aus dem besonderen Wesen des öffentlichen Bereichs resultieren, der keinen nennenswerten Anpassungszwängen ausgesetzt ist. Oder anders formuliert: Er unterliegt zwar Anpassungszwängen, kann sich diesen aber weitgehend entziehen.

Diese Fähigkeit des öffentlichen Bereichs, sich Anpassungszwängen zu entziehen, denen die Gesamtgesellschaft entsprechen müßte, hat auch eine verfassungsrechtliche Dimension. Dort, wo kein Wettbewerb herrscht – ich nehme jetzt ausdrücklich den hoheitlichen Bereich aus -, ist die Tendenz zur Vermachtung beachtlich. Der öffentliche Bereich ist, soweit ökonomisch relevant, vermachtet. Das heißt, es findet in diesem Bereich eher ein Monopol -, denn ein Wettbewerbsverhalten statt. Böhm hat ihn in seinem Buch »Wettbewerb und Monopolkamp« beschrieben.

Zugleich hat dieser öffentliche Raum die Tendenz zu expandieren. Einmal, um durch die Inanspruchnahme eines öffentlichen Auftrages Schutz vor Wettbewerb zu gewinnen, zum anderen, um der Notwendigkeit des Wettbewerbes durch die Flucht unter das Dach der staatlichen Daseinsvorsorge zu entkommen. Der Gedanke der Daseinsvorsorge, von Forsthoff 1938 entwickelt, hat eine verhängnisvolle Entwicklung genommen. Die Tendenz, der Gemeinschaft wesentliche Aufgaben als Ausdruck und Bestandteil der Daseinsvorsorge zuzurechnen und nicht der Ordnung des Wettbewerbs, der unternehmerischen Tätigkeit und damit dem Bereich der Privatrechtsordnung, ist in Deutschland, aber auch in Frankreich mit dem service publique, außerordentlich ausgeprägt.

Die beiden großen Kontinentalstaaten Frankreich und Deutschland schaffen sich mit der Überdehnung des Gedankens der Daseinsvorsorge und des Service publique selbst ein Hindernis auf dem Wege der Entwicklung zu flexiblen, anpassungsfähigen Volkswirtschaften. Es wird in beiden Ländern erhebliche Kosten verursachen und ihre Bevölkerungen, aber auch in Zukunft der beiden Länder belasten.

Was heißt es nun, wenn sich ein so großer Teil des Ganzen den Anpassungszwängen entzieht, die durch Wettbewerb hervorgerufen werden, aber auch den Innovationsentwicklungen, die der Wettbewerb befördert? Es heißt, daß die Anpassungsleistungen der Gesamtgesellschaft nur im privatrechtlichen Teil erbracht werden können. Mit anderen Worten: Ein we-

sentlicher Teil des Ganzen wird der Anpassung entzogen. Da sich die Gesamtgesellschaft aber anpassen muß, weil sich die Wirklichkeit, in der sie existiert, durch wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und demographische Bedingungen verändert, muß die Anpassung dort erbracht werden, wo sie möglich ist, das heißt, wo Wettbewerb herrscht.

Ein hoher Staatsanteil hat deshalb zur Folge, daß der privatwirtschaftliche Sektor im weitesten Sinne des Wortes eine übermäßig hohe Anpassungsleistung erbringen muß. Wenn das aber so ist, dann werden die Unternehmer, aus welchen Gründen auch immer, entweder versuchen, diesem Anpassungsdruck durch Internationalisierung ihrer Aktivitäten wenigstens teilweise auszuweichen oder, soweit sie im Inneren tätig sind, möglichst keine Bindungen einzugehen, die die Anpassung erschweren. Das heißt, die Faktoren so gering wie möglich zu halten, die unbeweglich sind.

Damit stellt sich genau das Problem, das auch in dem von Dr. Otto zitierten OECD-Bericht behandelt wird: die Inflexibilität des Arbeitsverhältnisses. Wenn das Arbeitsverhältnis inflexibel ist, dann wird der Unternehmer schon aus diesem Grund versuchen, diesen inflexiblen Faktor, der seine Anpassungsfähigkeit beeinträchtigt, möglichst zu reduzieren. Das heißt, er wird auch dann Arbeit durch Kapitalinvestitionen ersetzen, wenn es allein aus Kostengründen nicht unbedingt erforderlich wäre, um auf diese Weise seine Flexibilität zu sichern. Denn er fürchtet, daß er dem hohen Anpassungs- und Wettbewerbsdruck sonst nicht gerecht werden kann. Insofern erzeugt ein hoher Staatsanteil hohe Arbeitslosigkeit. Diesen Zusammenhang immer wieder vor Augen zu führen, halte ich für gänzlich unverzichtbar.

Mit der voraussichtlich in diesem Jahr beschlossenen Währungsunion wird sich der Anpassungsdruck nach übereinstimmender Auffassung aller Sachverständigen, einschließlich der Politik, im gemeinsamen Währungsgebiet weiter erhöhen. Deshalb werden vor allem diejenigen Mitgliedstaaten im neuen Währungsgebiet Vorteile haben, die über einen großen privatwirtschaftlichen Sektor mit hoher Flexibilität verfügen und einen relativ geringen Staatsanteil aufweisen. Diejenigen werden Schwierigkeiten haben, die eine nur geringe Flexibilität aufweisen, deren Staatsanteil hoch ist und deren privatrechtlicher Bereich aus möglicherweise sehr gut gemeinten Gründen, wie dem sozialen Schutz des Einzelnen, durch Inflexibilitäten in einem Umfang gehemmt ist, der mit dem Ziel einer nachhaltigen Anpassung an die neuen Bedingungen nicht vereinbar ist. Die Konsequenzen sind in der Regel Wohlstands- und Freiheitsverluste.

Die dritte Herausforderung bietet das bereits angesprochene, umfassende und undurchsichtige Sozialsystem. Wir versprechen uns, und den Bürgern seit 25 Jahren – so lange bin ich jetzt in der aktiven Politik – fest in die Hand, daß wir beides grundlegend verändern, vereinfachen, transparent und lei-

stungsfähig machen wollen. Die Wirklichkeit hat sich umgekehrt proportional zur Intensität dieser Versprechen entwickelt. Die Versprechen werden immer dringlicher, und die Wirklichkeit entfernt sich immer weiter vom angestrebten Ziel. Unter Bedingungen des geschützten Wachstums und der Wohlstandsvermehrung, so wie sie jedenfalls für Westdeutschland zwischen 1949 und 1989 zu einem erheblichen Teil bestand, kann man sich solche Fahrlässigkeiten möglicherweise erlauben. Heute geht das nicht mehr.

Wir haben es allerdings nicht nur mit Kosten zu tun, sondern beim gegenwärtigen Sozialsystem auch mit Machtstrukturen. Wer einmal in der Praxis versucht hat, Krankenhäuser oder vergleichbare Einrichtungen in irgendeinem Bereich des sozialen System zu privatisieren, trifft auf diese Machtstrukturen. Denken Sie an die Diskussion über die Frage, ob die Pflegeversicherung eine Pflicht zur Versicherung oder eine Pflichtversicherung sein sollte. Man hat sich dann für eine Pflichtversicherung und nicht für eine Pflicht zur Versicherung entschieden. Die Pflicht zur Versicherung wäre eine Wettbewerbslösung gewesen, die Pflichtversicherung ist eine Monopollösung, noch nicht einmal mit dem Recht des Freikaufs.

Bürokratien, die über rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zum Zwecke der Umverteilung oder der Bedienung sozialer Bedürfnisse verfügen, sind machtvoller als jedes Parlament und jede Regierung. Genau dies ist auch der Grund dafür, daß in Deutschland in diesem Bereich seit Jahrzehnten ein bewährtes Kartell existiert – man könnte auch sagen eine bewährte große Koalition unter Einschluß aller Parteien –, welches das Sozialsystem regiert. Beteiligt sind alle: Arbeitgeber und Gewerkschaften, politische Parteien und Kirchen, soziale Einrichtungen und Gebietskörperschaften.

Sie sind alle der Meinung, daß dieses System gut sei, daß die Selbstverwaltung die demokratische Kontrolle ersetze; und dies, obwohl sich die Selbstverwaltung inzwischen so mit dem System identifiziert hat, daß sie gar nicht mehr in der Lage ist, in Alternativen zu denken. Genau dies ist das Problem. Wir kennen das aus anderen Bereichen der Marktgestaltung. Man ist zum Beispiel zu Recht skeptisch gegenüber Behörden, die nur einen bestimmten Wirtschaftszweig staatlich zu kontrollieren oder zu überwachen haben, denn man hat die Erfahrung gemacht, daß sich diese Behörden früher oder später mit dem zu kontrollierenden Wirtschaftszweig identifizieren und ihn dann mit großer Intensität gegenüber Ansprüchen von außen verteidigen. Beim Sozialsystem ist das gleiche Phänomen zu beobachten, aber da geht es nicht um Unternehmen, sondern um 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ihre Bezahlbarkeit.

Es ist – gerade wenn Alexander Rüstow unter uns ist – außerordentlich interessant, in die Anfangszeit der sozialen Marktwirtschaft, nämlich in die 50er Jahre zurückzublicken und zu fragen, welche Ideen damals die Gestal-

tung des sozialen Systems bestimmten. Auskunft gibt unter anderem ein Gutachten von 1955, das Adenauer in Auftrag gab, an dem unter anderen Prof. Eichinger und Prof. Höffner mitwirkten. Es sollte sich zu der Frage äußern, wie der Sozialstaat gestaltet werden sollte. Prof. Höffner, der spätere Kölner Kardinal, damals Lehrstuhlinhaber in Münster, gehörte zu den Gutachtern.

Es ist aufschlußreich, diesen Text heute zu lesen. Die Gutachter kommen zu dem übereinstimmenden Ergebnis, daß man die basic needs – sie benutzen sogar das englische Wort – abdecken müsse. Aber jedes Überschreiten dieser basic needs sei mit der Gefahr von Freiheitsverlusten verbunden. Deshalb müsse man sehr sorgfältig darauf achten, daß nicht eine Überdehnung des sozialen Auftrages zur Entstehung von machtvollen Organisationen führe, die in der Lage seien, die Freiheit der Bürger zu beeinträchtigen.

Es gehört zu den großen Paradoxien der anschließenden Entwicklung, daß der Wunsch nach staatlichen Leistungen mit wachsendem Wohlstand nicht ab -, sondern zunahm. Ludwig Erhard hat dies seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre mit wachsender Dringlichkeit und Sorge immer wieder als eine für ihn unverständliche Entwicklung kritisiert. Es bestehen heute kaum noch Zweifel, daß das soziale System reformiert werden muß. Aber es besteht ebenso kein Zweifel, daß dies nur möglich sein wird, wenn wir einen ordnungspolitischen Standpunkt entwickeln, der so überzeugend ist, daß wir die Gewöhnung der Menschen in unserem Land an eine vormundschaftliche Funktion des Staates überwinden können.

Mit Einzeleingriffen, wie der Bundesarbeits- und –sozialminister zu sagen pflegt, mit der Veränderung von Stellschrauben ist das System nicht länger zu beherrschen. Die Anlage ist eine Konstruktion ohne Regelkreise und ohne Wettbewerb. Ohne Regelkreise und ohne Wettbewerbe kann ich eine selbstkontrollierende Funktion in einem solchen System jedoch nicht erzeugen. Das heißt, es bleibt bei administrativer Beherrschung, und diese bleibt Objekt politischer Einflußnahme. Wenn 80 oder 85 Prozent der Bevölkerung von diesem System auf die eine oder andere Weise abhängig sind, dann wirken eben 80 oder 85 Prozent des politischen Willens auf seine Stabilisierung, nicht auf seine Veränderung, es sei denn, daß die Bevölkerung aus der Erfahrung und überzeugt durch ordnungspolitische Schlüssigkeit bereit ist, das Experiment einer wirklichen Erneuerung zu wagen.

Über den Interventionismus habe ich gesprochen. Ich möchte das Thema nicht wieder ausführlich aufnehmen, sondern nur auf einen Punkt hinweisen. In Europa hat sich in den letzten Jahren zunehmend die Praxis entwickelt, daß sich die Kommission, aber auch der Rat zu Themen wie Umwelt oder Beschäftigung äußern. Seit Amsterdam wird die Beschäftigungspolitik als die wichtigste Aufgabe der Europäischen Gemeinschaft angesehen. Dies ge-

schieht in Form von Leitlinien, Mitteilungen oder Berichten. Diese gehen dann an die gesetzgeberischen Körperschaften, an Bundestag und Bundesrat.

Der überwiegende Teil der Abgeordneten nimmt von dieser Flut an Mitteilungen, Leitlinien und Regelungen kaum Kenntnis. Deshalb hat es im Bundesrat etwas überrascht, als sich der Freistaat Sachsen beim letzten Beispiel, nämlich der Mitteilung der Kommission zum Thema Umwelt und Beschäftigung, in einer Protokollerklärung gegen den Versuch der Europäischen Kommission wandte. Wörtlich heißt es: »daß die Kommission die Absicht habe, unter Berufung auf den Vertrag von Maastricht, eine umfassende Strategie für ein fruchtbares Zusammenwirken von Umwelt- und Beschäftigungspolitik vorzuschlagen. Eine Kompetenz der Kommission zu einem derartigen Vorgehen lasse sich weder aus dem Vertrag von Maastricht, noch aus dem noch nicht ratifizierten Vertrag von Amsterdam, noch aus der vom Europäischen Rat am 17. Juni 1997 in Amsterdam angenommenen Entschließung über Wachstum und Beschäftigung entnehmen.«

Normalerweise werden diese Berichte mit der Wirkung zur Kenntnis genommen, daß sich die Mitteilung ein halbes Jahr später zu einer Leitlinie, wiederum eine Zeit später zu einer Richtlinie oder einer Politik verdichten, die dann mit dem Argument Rechtsgültigkeit beansprucht, es habe bisher niemand widersprochen. Diese Art der sich extra ausdehnenden bürokratischen Interventionen in den Prozeß der marktwirtschaftlichen Ordnung ist in meinen Augen eine außerordentlich gefährliche Sache. Im Anfang scheint sie harmlos und ohne große praktische Bedeutung zu sein. Schließlich jedoch führt sie zu einer Überbürdung der Menschen durch Regelungen, damit zu einer wachsenden Unverständlichkeit der Ordnung, in der sie leben, und für die sie nicht nur die deutschen, sondern auch die europäischen Behörden verantwortlich machen werden. Das ist nicht gerade ein guter Weg, um die Integration Europas und die Zukunft einer freiheits- und friedensstiftenden Ordnung in Europa in der Akzeptanz der Bevölkerung zu verankern.

Die letzte Herausforderung, die ich erwähnen möchte, resultiert aus der Internationalisierung der Marktwirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft beruht, wie ich schon sagte, auf Prinzipien der Wertordnung und der Ökonomie. Gedanklich getrennt, sind sie jedoch in der Wirklichkeit untrennbar miteinander verbunden. Die Verwirklichung der Ordnung geht davon aus, daß sich die nationale Volkswirtschaft im Rahmen einer nationalen Wertordnung entfaltet. Die nationale Wirtschaft wird von der nationalen Rechtsordnung gestaltet und an die Wertordnung gebunden.

Was geschieht aber, wenn die Volkswirtschaft international wird, die Wertordnung aber nicht? Ein interessantes Beispiel der Selbsthilfe hat Dr. Otto genannt, als er die Versuche des Handels beschrieb, im Zusammen-

hang mit der Teppichindustrie Kinderarbeit zu verhindern. Mich hat dies sehr beeindruckt. Denn es demonstriert an einem konkreten Beispiel, an der Teppichknüpferei, die große Aufgabe, die der sozialen Marktwirtschaft gestellt sein wird, wenn sich in immer größerem Umfang bisher internationale Märkte zu Binnenmärkten entwickeln.

Für die Europäische Union gilt dies in besonderer Weise. In ihrem Rahmen wachsen die bisherigen nationalen Volkswirtschaften in einer kaftvollen Entwicklung zu einem europäischen Binnenmarkt zusammen. Was jedoch fehlt, ist eine vergleichbare politische Instanz, die die notwendigen normativen Bindungen des wirtschaftlichen Handelns durch die sozialen und ökologischen Dimensionen mit ausreichender parlamentarischer Absicherung durchsetzen und damit verwirklichen könnte.

Wir haben es hier mit einem zentralen Problem der europäischen Entwicklung zu tun. Durch die Errichtung eines gemeinsamen Währungsgebiets wird es eine zusätzliche Verschärfung erfahren. Das gemeinsame Währungsgebiet war zunächst und zu Recht als Krönung einer politischen Integration gedacht. Die politische Union war jedoch weder in Maastricht noch in Amsterdam erreichbar. Es ist auch wenig wahrscheinlich, daß uns eine ausreichende politische Integration in absehbarer Zeit gelingen wird. So gehen wir nun das Wagnis ein, das gemeinsame Währungsgebiet ohne eine politische Union oder vergleichbare Institutionen zu verwirklichen. Damit nehmen wir die Trennung von »sozial« und »Marktwirtschaft« in Kauf. Die Folgen dieser Trennung sind kaum absehbar.

Zurück zum Ausgangspunkt: Wie gesagt, ist die unabhängige, der politischen Einwirkung entzogene Geldverfassung – und damit das Währungssystem – ein tragendes, unverzichtbares Element der sozialen Marktwirtschaft. Die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft in Europa steht und fällt deshalb mit der Fähigkeit, das europäische Währungssystem in der gleichen Weise unpolitisch zu halten wie es in Deutschland gelungen und durch die Institution der unabhängigen Bundesbank gesichert ist. Der Maastrichtvertrag hat das Konzept des »unpolitischen Geldes« übernommen und will die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank gewährleisten. Leicht wird es dennoch nicht sein. Denn die deutsche Regelung und Praxis bildet im Konzert der europäischen Länder eher eine Ausnahme. Insbesondere in Frankreich, aber auch in Italien gelten andere Philosophien und Grundsätze.

Unsere Nachbarn haben in den letzten Jahrzehnten unsere soziale Marktwirtschaft zwar respektiert und ihre Fähigkeit bewundert, uns Wohlstand und Wachstum zu bescheren. Aber sie haben sie, wie auch viele in Deutschland, nie so richtig verstanden. Erinnert sei nur an die Auseinandersetzungen in den 60er und 70er Jahren über den Widerspruch zwischen der französischen Planifikation und der sozialen Marktwirtschaft und beider Einfluß

auf die Politik der Kommission in Brüssel. Wir waren stolz, daß mit den Römischen Verträgen von 1957 »unsere« Wirtschaftsverfassung und ihr Wettbewerbsrecht Eingang in das europäische Recht fanden. Die Franzosen waren stolz darauf, daß es ihnen in der Praxis gelang, beide zu relativieren und nach einer anderen Philosophie zu handeln. Wir haben es mit einem Zusammenstoß zweier Philosophien und einem Tauziehen zwischen Prinzipientreue und politisch-diplomatischer Pragmatik zu tun. Was sich letztlich durchsetzt, ist durchaus offen.

Versuchen wir, nach dieser kurzen und gedrängten Skizze Bilanz zu ziehen: Was sagt sie uns? Sie sagt uns, wenn wir ehrlich sind, daß die Anhänger der sozialen Marktwirtschaft keine Mehrheit, sondern eine Minderheit darstellen, wenn auch eine wichtige. Dabei tröste ich mich mit der Erfahrung, daß Erneuerungen, Veränderungen und Weiterentwicklungen in der Regel nicht von Mehrheiten, sondern von Minderheiten ausgehen. Mehrheiten sind nicht innovativ. Sie neigen eher dazu, die Dinge so, wie sie sind, eigentlich ganz gut zu finden.

Gleichwohl müssen wir feststellen: Die Fortführung der Idee der sozialen Marktwirtschaft hat eine weit über das Prinzipielle hinausreichende praktische Bedeutung. Mit ihr steht und fällt nach meiner Überzeugung die Bereitschaft eines demokratisch gestalteten Staatswesens, das heißt der in ihm lebenden Bevölkerung, die freiheitliche und sozial verpflichtete Wirtschaftsordnung zu akzeptieren.

Wir haben festgestellt, daß diese Akzeptanz zurückgeht. Der demographische Befund ist eindeutig. Viele meiner sächsischen Freunde sind in den ersten Jahren nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit von Besuchen in Westdeutschland mit der erstaunten und beunruhigenden Frage an mich zurückgekehrt, wie es denn zu erklären sei, daß Elemente einer sozialistischen Wirtschaftsordnung in Westdeutschland sehr viel weiter verbreitet seien als sie es für möglich gehalten hätten.

Diese Anfragen waren für mich nicht nur aufschlußreich, sondern auch beunruhigend. Denn sie machten deutlich, daß die Idee der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland in den letzten 30 Jahren einem Erosionsprozeß ausgesetzt war, den man, wie dies bei vielen vergleichbaren Prozessen der Fall ist, nicht zur Kenntnis nimmt, weil er langsam und schleichend verläuft.

Wenn dies nun so ist: Sind wir dann wirklich schon reif für die neue Herausforderung der sozialen Marktwirtschaft, ausgelöst durch die gemeinsame Währung? Haben wir unser Land dafür ausreichend in Ordnung gebracht? Haben wir die Aufgabe schon gelöst, die sich die Mitgliedstaaten mit ihrer Entschließung von Amsterdam (1997) über Wachstum und Beschäftigung selbst gestellt haben als Voraussetzung dafür, daß der einheitliche Markt unter einer einheitlichen Währung funktionieren kann?

Ich will aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. Ich bin seit längerem überzeugt, daß wir sie noch nicht gelöst haben. Heute morgen habe ich die Erklärung der rund 160 Wirtschaftswissenschaftler zur Währungsunion gelesen. Mir scheint, daß sie recht haben mit ihrer Aufforderung: Wenn wir es denn schon nicht schaffen, uns mehr Zeit für eine gründliche Vorbereitung auf die irreversible Bindung durch eine gemeinsame Währung zu gönnen, dann müssen wir zumindest ungewöhnlich sorgfältig danach fragen, wer wirklich geeignet ist.

Würde ich gefragt, dann würde ich antworten: weder Frankreich, noch Italien, noch Deutschland. Die gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichte dieser drei Länder, die im übrigen auch in der bereits zitierten OECD-Studie genannt werden, sind nachhaltig gestört, vor allem durch eine hohe Arbeitslosigkeit, die ihre Ursachen unstreitig in strukturellen Defiziten hat.

Ebenfalls unstreitig ist, daß die strukturellen Defizite bisher nicht aufgearbeitet sind. Nun wird argumentiert, gerade deshalb brauche man ja die gemeinsame Währung. Sie müsse den Reformdruck erzeugen, der nötig sei, damit die dringenden Reformen nachgeholt werden. Abgesehen davon, daß man damit eine weitere, bisher für notwendig gehaltene Abfolge der Ereignisse (erst Reformen, dann gemeinsame Währung) auf den Kopf stellt, halte ich dieses Argument, um es vorsichtig auszudrücken, für politisch naiv. Die Vorstellung, man könne die politischen Kosten der notwendigen Reformen zu Lasten der Europäischen Zentralbank externalisieren, ist illusionär, der Versuch, es zu tun, der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank abträglich.

Die politische Last, Reformen zu erzwingen, könnte vielleicht eine politische Union Europas tragen. Sie einer Institution zuzumuten, die angelegt ist, unpolitisch zu bleiben, ist umso weniger sinnvoll, als die betroffenen Staaten erklären, sie selbst seien dazu nicht in der Lage.

Nur so jedoch kann ich das Argument verstehen, man brauche die europäische Währung, um sich zu etwas zu zwingen, das man in den zurückliegenden Jahren der Vorbereitung auf den Euro zu tun nicht in der Lage war. Daß man dazu nicht in der Lage war, zeigt die tatsächliche Entwicklung. Sie ist anders verlaufen als vorgesehen. Arbeitslosigkeit und Gesamtverschuldung sind angewachsen. Der Kurswechsel in den jüngsten anderthalb Jahren hin auf das Ziel des Maastrichtkriteriums Neuverschuldung ist das Ergebnis kurzfristiger Interventionen, welcher Art auch immer. Er ist nicht die Folge tiefgreifender struktureller Reformen.

Welche Konsequenzen man auch immer aus dieser Erkenntnis ziehen wird: In jedem Fall wird man zugunsten der sozialen Marktwirtschaft sicherstellen müssen, daß diese großartige Idee, die Deutschland in einer geradezu einmaligen Weise nicht nur Wohlstand, sondern auch inneren Frie-

den gebracht hat, nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird. Nur darum geht es mir. Doch bereits diese Feststellung wird von vielen als Verstoß gegen die political correctness gewertet.

So sieht man sich genötigt, sich zugleich zu Europa zu bekennen. Ich bin ein glühender Anhänger der Idee eines geeinten Europa. Während meiner Studienzeit in Frankfurt war ich noch Schüler von Walter Hallstein. In Seminaren haben wir die Römischen Verträge behandelt. Lange Zeit war ich mit von der Groeben verbunden. Immer aufs Neue waren wir engagiert, und immer ging es darum – ob die Artikel 85 f. EWG-Vertrag oder andere Elemente der Wirtschaftsordnung zur Debatte standen –, der sozialen Marktwirtschaft und der Wettbewerbsordnung zur Gültigkeit auch als europäischem Prinzip zu verhelfen: als Freiheitsgestaltung, als Machtkontrolle, als Evolutionsprozeß, als Such- und Erfindungsprozeß, als Entwicklungsprozeß für ein starkes Europa.

In den letzten 15 bis 20 Jahren haben wir eine zunehmende Erosion dieser Ideen erlebt, ihre Bezeichnung dennoch beibehalten. Ich habe Sorge, daß die Belastungen, die wir uns jetzt zusätzlich zumuten, stärker sein könnten als unsere Fähigkeit zur Regeneration der sozialen Marktwirtschaft, dieser sowohl ökonomisch effizienten wie freiheitlich demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung. Es geht jedoch nicht allein um die Einhaltung statistischer Kriterien. Es geht beim Schritt in die dritte und endgültige Phase der Währungsunion um den Erhalt und die Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Denn ihre Ordnung, ihr ORDO, ist zugleich die Grundlage der freiheitlichen und sozial verantworteten Demokratie.

Franz Böhm hat einmal auf die Frage, was die politische Funktion des Unternehmers sei, geantwortet: ein wirklich guter Unternehmer zu sein. Daß Sie, Dr. Otto, nicht nur den Preis entgegengenommen, sondern auch als ein Unternehmer, der dieser großen Idee verpflichtet ist, zu uns gesprochen haben, dafür möchte ich Ihnen danken, sicherlich stellvertretend für alle hier im Saal und darüber hinaus.

Fehlerberichtigung

Das Motto im vorderen, inneren Umschlagdeckel von Heft 246 stammt nicht, wie dort versehentlich angegeben, von Otto von Gierke, sondern von Rudolf von Ihering (1818–1892) aus »Der Zweck im Recht« I, S. 510 f.

Tätigkeitsbericht 1997

Mit dem Wort »Reformstau« ist eine Situation bezeichnet, die für das Jahr 1997 in Deutschland in besonderer Weise kennzeichnend war: Die Notwendigkeit grundlegender Änderungen in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft wird teils durchaus erkannt, jedenfalls aber empfunden, und zugleich fehlt es an der Kraft oder Möglichkeit der Umsetzung – und dies, obwohl sich Regierungskoalition und SPD in wesentlichen Elementen, insbesondere der Steuer- und der Rentenreform, eigentlich durchaus einig sind. So ist eine Situation entstanden, die schon hinsichtlich der Probleme, die der politischen Öffentlichkeit bewußt sind, nur als festgefahren und beinahe hoffnungslos erscheinen kann.

Wieviel mehr gilt das für die Probleme, die diesen politischen Tagesthemen zugrunde liegen, ihre tieferen Ursachen darstellen, von der politisch interessierten Öffentlichkeit aber kaum oder gar nicht wahrgenommen werden wie z. B. die Fragen unserer Geld- und Bodenordnung oder die ordnungspolitischen Grundfragen des Bildungswesens.

In dieser Situation scheint uns eine Intensivierung der Arbeit an den Grundlagen besonders wichtig zu sein. Diesem Ziel dienten im vergangenen Jahr vor allem die vier aufeinander aufbauenden Elementarseminare zum Geldwesen, zur Bodenordnung sowie zu den Themen »Marktwirtschaft ohne Kapitalismus« und »Die Entfaltung des Menschen in Kultur, Staat und Wirtschaft«, die wir erstmalig in dieser Abfolge und jeweils zeitversetzt in unserem Haus in Bad Boll und in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Neviges veranstaltet haben. Die Teilnehmer, insbesondere soweit sie alle vier Seminare besucht haben, bestätigten uns, daß sie auf diese Weise eine Einführung in die Grundlagen der Sozialordnung erhalten haben, wie sie sonst bei themenbezogenen Einzeltagungen nicht zu erlangen ist. Wir werden daher jedenfalls ab 1999 das Angebot einer solchen aufeinander abgestimmten Folge von Elementarseminaren wieder aufnehmen, wahrscheinlich aber zusätzlich angereichert durch je ein Seminar zur Arbeits- und Unternehmensorganisation und zu Bildung und Kultur (siehe Jahresplanung 1998) sowie zum Bereich des Staates. Die Überlegungen dazu, wie wir diese Seminare anbieten können, ohne diejenigen, die an allen teilnehmen wollen, zeitlich und finanziell zu sehr zu strapazieren, sind noch nicht abgeschlossen. Dem Ziel eines kontinuierlichen Seminarbetriebs, einer »Schule der Freiheit«, werden wir damit jedoch um einen weiteren Schritt näherkommen.

Enttäuschend waren trotz intensiver werblicher Unterstützung durch Frau Frenking (Silvio-Gesell-Tagungsstätte) und Herrn Schmülling (Der 3. Weg)

die Veranstaltungen in Neviges, die bis auf das Geld-Seminar nur von wenigen Teilnehmern besucht wurden. Die Gespräche zur Erarbeitung der Themen waren dadurch zwar besonders intensiv, trotzdem haben wir uns entschlossen, die ab 1999 geplanten Elementarseminare nicht mehr in Neviges anzubieten, sondern zu versuchen, im Umfeld der Universität Witten-Herdecke Räumlichkeiten zu finden. Das hätte den Vorteil, daß wir dem studentischen Publikum den Zugang erleichtern und trotzdem für die bisherigen Besucher von Neviges erreichbar bleiben würden. Darüber hinaus beabsichtigen wir allerdings, unsere Kurse auch noch an anderen Orten anzubieten.

Mit unserer währungspolitischen Tagung zum Thema »Vollbeschäftigung – nur noch eine Utopie?« sollte abermals der Versuch unternommen werden, durch eine genaue Analyse der Ursachen der Arbeitslosigkeit der Resignation, die hinsichtlich der Erreichbarkeit des Ziels der Vollbeschäftigung mittlerweile »Allgemeingut« geworden ist, entgegenzutreten. Die Erfahrungen mit dieser, aber auch mit den beiden im Jahr 1996 dem Thema Arbeitslosigkeit gewidmeten Tagungen hat uns veranlaßt, im Jahre 1998 noch deutlicher als bisher den deflatorischen Charakter einer Situation herauszustellen und zu erläutern, die zwar noch geringe Preissteigerungsraten aufweist, bei unserem heutigen Geldwesen aber keine Stabilität der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage mehr gewährleistet.

Nicht nur Alan Greenspan, der Präsident des US-Federal Reserve Board, spricht heute offen die Gefahr einer Deflation an, sondern zum Beispiel auch Professor Flassbeck vom DIW, Berlin. Auch gibt es in Amerika seit einiger Zeit durchaus eine Diskussion über die volkswirtschaftlichen Schäden bzw. Kosten zu niedriger Inflationsraten. Aber das Gros der Zunft scheint die Gefahr nicht zu sehen oder aber falsch einzuschätzen. So meinte in letzter Zeit Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank: »Die deutsche Geldpolitik verursacht gewiß keinen Mangel an Liquidität, den der reale Sektor über rückläufige Güterpreise kompensieren müßte«, – gerade so als wäre eine Aufblähung der Liquidität nicht eben ein wesentliches Kennzeichen der Deflation und als könnte man den von sinkenden Preisen ausgelösten Zusammenbruch der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes währungspolitisch noch in irgendeiner Weise abfangen, d. h. durch Geldvermehrung ausgleichen. Von manchen wird sogar eine leichte Deflation gegenüber einer Inflation als das kleinere Übel bezeichnet. So vertrat der Chef-Volkswirt der Deutschen Bundesbank, Otmar Issing, die Auffassung, in Deutschland sei nach wie vor die Inflation die Hauptgefahr und eine milde Deflation käme ja nicht zuletzt den wirtschaftlich Schwachen und den Sparern zugute. – Deflationen liegen durchweg außerhalb des zeitlichen Erfahrungshorizonts der heute maßgebenden Wirtschaftswissenschaftler und werden daher als Gefahr anscheinend nicht mehr ernst genommen.

Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Informations- und Werbemittel einsetzen, um auf die Tagung und mit dieser auf die Gefährlichkeit der Situation und der herrschenden währungspolitischen Illusionen aufmerksam zu machen. Eckhard Behrens ist es erfreulicherweise gelungen, mit veröffentlichten Leserbriefen in einigen renommierten Tageszeitungen auf die Gefahren und die Naivität der Verantwortlichen hinzuweisen.

Die Tagung zum Thema »Globalisierung der Wirtschaft und ihre Folgen« offenbarte die Zwiespältigkeit der zunehmenden Integration der Weltwirtschaft, die mit neuer internationaler Arbeitsteilung und zunehmender Verflechtung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte Produktivität und Wohlstand erhöht, mit den Gefahren des Sozial- und Ökodumping aber auch Standards in Frage stellt, die im Interesse des sozialen Friedens und der Umwelt nicht geopfert werden dürfen. Zugleich besteht die Gefahr, daß die Wirtschaft sich nicht nur aus den Fesseln der Nationalstaaten befreit, sondern ganz das Fundament jeglicher Rechtsordnung verläßt. Damit ginge im globalen Maßstab wieder verloren, was einmal als Soziale Marktwirtschaft (»Die freie Wirtschaft braucht den starken Staat«, Walter Eucken) an Domestizierung wirtschaftlicher Interessen durch die Rechtsordnung erreicht worden war.

Den Abschluß der Tagungen des Jahres 1997 bildete die mit der INWO (Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschafts-Ordnung, Aarau/Schweiz) gemeinsam durchgeführte Veranstaltung zum 100. Todesjahr des Boden- und Sozialreformers Henry George. Es dürfte gelungen sein, was sich beide Veranstalter erhofft hatten: nämlich nicht nur eine Gedächtnisfeier für Henry George zu veranstalten, sondern auch die Bedeutung seiner Idee der Abschöpfung der Bodenrente durch eine Steuer für die Gegenwart herauszustellen. Wir werden bei der ersten Tagung des Jahres 1998 in vielem auf die Ergebnisse dieser Henry-George-Tagung zurückgreifen können. Die Zusammenarbeit zwischen Seminar und INWO hat sich nicht nur mit dieser gelungenen Tagung bewährt, sondern den Beteiligten auch Freude gemacht, so daß eine Wiederholung in zukünftige Planungen einbezogen werden sollte. Die Tagung ist übrigens weitgehend dokumentiert in Heft 245 der »Fragen der Freiheit«.

Auch wenn wir zur Bodenfrage im kommenden Jahr nicht ausdrücklich eine Tagung veranstalten werden, so werden wir ihr doch einen wesentlichen Teil unserer Aktivitäten widmen. Ziel unserer Bemühungen muß sein, daß die Grundsteuer, deren Reform in der nächsten Legislaturperiode politisch aktuell werden wird, in eine reine Bodensteuer umgewandelt wird. Es gilt deshalb, die für die Meinungsbildung wichtigen, politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen schon jetzt auf das Problem hinzuweisen und für unseren Vorschlag zu gewinnen. Erfreulicherweise konnten Fritz An-

dres und Jobst von Heynitz bereits grundlegende Beiträge zum Thema in dem auch sonst sehr lesenswerten Sammelband »Boden – wem nutzt er? wen stützt er? – Materialien für eine nachhaltige Bodenpolitik« publizieren (Herausgeber: Beate und Hartmut Dieterich in der Reihe Bauwelt Fundamente Band 119, Vieweg-Verlag, Wiesbaden, ISBN 3-528-06119-7, 288 Seiten, 39,80 DM).

Für das Jahr 1998 haben wir uns vorgenommen, folgende Tagungen in Bad Boll zu veranstalten (Änderungen vorbehalten):

Termin	Tagungsthema
07./08. Februar	Wege aus der Umweltkrise
21./22. März	Arbeit und Kapital im Unternehmen – Strukturen von gestern für Unternehmen von morgen?
16./17. Mai	Schulen gemeinnützig privatisieren
04./05. Juli	Die Zukunft mit dem Euro hat begonnen
19./20. September	Elementarseminar »Bildung und Kultur«
17./18. Oktober	Elementarseminar zum Generationenvertrag
28./29. November	Landwirtschaft zwischen Ökonomie und Ökologie
30./31. Januar 1999	Elementarseminar »Das Geld im Kreislauf der Volkswirtschaft« Dieses Elementarseminar soll, wie erwähnt, anschließend auch im Einzugsbereich der Universität Witten-Herdecke veranstaltet werden.

Mit Dr. Lothar Vogel ist im vergangenen Jahr der letzte der drei Brüder Vogel, die zusammen mit einigen Freunden vor 40 Jahren das Seminar für freiheitliche Ordnung und die Schriftenreihe »Fragen der Freiheit« begründet haben, verstorben. In »Fragen der Freiheit« (Hefte 243 und 245) ist seine Bedeutung für unsere Bestrebungen und darüber hinaus gewürdigt worden. Sein Tod bedeutet nicht nur den Verlust eines Freundes, sondern auch eines

bis zuletzt mit der Arbeit des Seminars eng verbundenen und jederzeit zu Rat und Mitwirkung bereiten geistigen Trägers unserer Bestrebungen.

Beim Rückblick auf das Jahr 1997 erinneren wir uns gern an die Anregungen und Aufmunterungen aus dem Freundeskreis und aus der Leserschaft der »Fragen der Freiheit«. Wir möchten allen danken, die durch Rat und Tat, durch Spenden und sonstige Unterstützung unsere Arbeit gefördert haben, und hoffen, dem Seminar als mahnende und wegweisende Stimme zu den uns bewegenden gesellschaftspolitischen Fragen zunehmend Gehör verschaffen zu können.

Für das Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Fritz Andres
(Vorstandsmitglied)

Die Mitwirkenden dieses Heftes:

Fritz Andres
Dhaunerstraße 180, 55606 Kirn

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Hugo Godschalk
Staufenbergstraße 12, 65510 Idstein

Dr. Gerhardus Lang
Klinge 10, 73087 Boll

Claus Rasmus
Jahnstraße 38, 82110 Germering

Buchbesprechungen:

Lothar Vogel: »Nosos-Pathos-Ethos«*)

Goethes Anschauung über das Wesen von Krankheit und Gesundheit. Zur Einführung in goetheanistisch-therapeutische Kultur

Format 24 × 17 cm, 115 Seiten, kt. Herausgegeben von der Gesellschaft zur Förderung geisteswissenschaftlicher Literatur e.V., Stuttgart 1997

Claus Rasmus

Wer sich den Lebenslauf Goethes anschaut, wird bemerken, daß er zahlreiche Erkrankungen durchlitten und überwunden hat. Sie prägten sein Leben in besonderer Weise. Er war nach jeder Krankheit ein anderer als zuvor, er wurde durch sie verwandelt. Bei der Krankheitsschilderung Wilhelm Meisters drückt Goethe diesen erreichten Zustand so aus: »Da bei mir sich die Natur geholfen, so schien ich auch nunmehr ein anderer Mensch geworden zu sein: denn ich hatte eine größere Heiterkeit des Geistes gewonnen, *als ich mir lange nicht gekannt*, ich war froh, mein Inneres frei zu fühlen.« (zitiert nach Vogel, S. 12).
Hierbei bemerken wir Dreierlei:
– sein Inneres war frei geworden,
– er hatte eine größere Heiterkeit des Geistes gewonnen,
– er war ein anderer Mensch geworden.

Drei Stufen also, die Goethe klar zum Erlebnis wurden und die er in seine gesteigerte schöpferische Aktivität überführte. Sein Genius war in der Lage, diesen Stab, der ihn in der Entwicklung seiner Persönlichkeit steil bergan führte, bewußt zu ergreifen.

Die heutige Medizin kommt allzuleicht dahin, diesen Krankheitsprozeß, der immer eine Entwicklungsschance für die Persönlichkeit enthält, zu früh zu kappen. Damit werden Zukunftsmöglichkeiten unterbunden.

Der Verfasser beschäftigt sich eingehend mit Goethes Anschauung über das Wesen von Krankheit und Gesundheit. Er stellt dar, wie die reine Beobachtung nicht zu dem wirklichen Krankheitsbegriff kommen kann, sondern daß das Krankheitserlebnis gleichwertig als Erkenntnisquelle hinzukommen muß, um den Gesamtbegriff NOSOS zu erfassen.

Das Krankheitserlebnis »vollzieht sich also in derjenigen Sphäre der Krankheit, die mit der geistigen Natur der Kranken, mit der Persönlichkeit selbst untrennbar verbunden ist (Vogel, S. 3).« Sie bezieht sich daher auf sein seelisch-geistiges Wesen. Darin liegt die Tatsache begründet, daß die Heilung nicht dazu führt, die ursprüngliche Gesundheit wiederzuerlangen, sondern darüber hinaus zu einer höheren Gesundheit zu kommen. Das aus der Krankheit geborene Leiden blickt daher auf die Entelechie, auf den Zukunftsmenschen.

Der Verfasser geht dem Krankheits- und Gesundheitsbegriff Goethes in verschiedenen Bereichen seiner wissenschaftlichen Forschung und dichterischen Schöpfung nach. Überall leuchtet ein Menschenbild auf, das an die Sterne geknüpft ist.

*) s. Anzeige auf Seite 64

Überall wird aber auch sichtbar, wie der Mensch sich zur Harmonie, zur Gesundheit emporschwingen muß, indem er die Organprozesse steigert. So ist das letzte Produkt der sich steigernden Natur nach Goethe der schöne Mensch. Die Kunst indessen schafft in dem Gipfel Mensch erneut einen Gipfel, indem sie ihn zur Produktion des Kunstwerkes erhebt. Die Kunst geht hervor aus Harmonie und Gesundheit und sie schafft wiederum durch das Kunstwerk Harmonie und Gesundheit.

»Die im Individuellen liegende Krankheitsdisposition muß aber zunächst dadurch überwunden werden, daß zu jeder einseitigen Neigung der Natur, damit sie nicht zur Schwäche werde, die harmonisierende Gegenkraft dazu erworben wird.« (Vogel, S. 37) Dazu muß der Kranke sich von seiner individuell-organisch einseitig bedingten Disposition befreien und sich zum leeren Gefäß machen, in das neue Kräfte einströmen können. Die so mögliche Anknüpfung an geistige Kräfte bewirkt die Heilung. Erst aus der Niederung der Krankheit – die aber keine Vernichtung darstellt – ringt sich der Mensch zur Steigerung seines Wesens empor.

Der Ethosgedanke enthält die Heilkraft der Entelechie. Sie wirkt in der Polarität zwischen Physischem (Krankheit) und Geistigem (Gesundheit). Rudolf Steiner stellt diese Situation am Beispiel der heiligen Teresa von Avila so dar: »Aber indem sie hervorruft im Status nascendi den pathologischen Zustand, schwingt sie hinauf in die Welt, in der sie vor der Geburt war, also in die geistige Welt hinein. Der Pendelschlag ist das Untertauchen in den physischen Leib, das Hinaufschlagen in die geistige Welt.« (Rudolf Steiner »Pastoral-Medizinischer Kurs«, Vortrag vom 10. 9. 1924) Dies alles vollzieht sich aber in einem individuellen Rhythmus; dabei ist Rhythmus nicht die Wiederholung des ewig Gleichen, sondern »Teil eines rhythmischen Flusses fortschreitender Verwandlungen . . . und Metamorphose aus der Mitte nach oben und nach unten« (aus Lothar Vogel: »Der dreigliedrige Mensch«).

Diese umfassenden Entwicklungsgedanken, die dem Goetheschen Denken zugrunde liegen, müßten heute von Ärzten und in Heilberufen Tätigen erkannt und gehandhabt werden.

Die hiermit der Öffentlichkeit erneut vorgelegte Dissertationsarbeit des Verfassers aus dem Jahre 1944 ist aktueller denn je. Es wäre zu wünschen, daß sich möglichst viele Menschen diese Gedanken zu eigen machten. In mehreren Gesprächen mit dem Rezensenten drückte Dr. Vogel seine Hoffnung aus, daß insbesondere möglichst viele anthroposophische Ärzte diese Schrift lesen mögen.

Hinweis:

Freiwirtschaftliche Bibliothek

Seit 1983 wird in der Freiwirtschaftlichen Bibliothek Primär- und Sekundärliteratur zur Bodenrechts- und Geldreformtheorien gesammelt. Zum Bestand gehören neben Büchern, Broschüren und Zeitschriften auch Flugblätter, Fotos und Korrespondenzen; er ist für Wissenschaftler und interessierte Laien zugänglich. Zur Zeit wird der in den 80er Jahren erschienene (noch lieferbare) Katalog aktualisiert. Zur Schließung noch bestehender Lücken sind mir Zusendungen älterer und neuerer Literatur jederzeit sehr willkommen, ebenso Hinweise auf themenbezogene Neuerscheinungen und neuere Zeitschriftenaufsätze.

Werner Onken
Steenkamp 7, 26316 Varel
Tel./Fax: (0 44 51) 8 57 14

Wolfram Engels
Der Kapitalismus und seine Krisen

– Eine Abhandlung über Papiergeld und das Elend der Finanzmärkte –

Hugo Godschalk

Der früh verstorbene Professor für Betriebswirtschaftslehre Wolfram Engels (1933–1995) beschließt sein (leider) letztes Buch mit dem Satz »Vielleicht waren Moses, Aristoteles, Jesus und Mohammed einfach die besseren Geldtheoretiker« (S. 318). Es ist nicht der einzige provokative Satz in diesem lesenswerten Buch, das Engels uns als geistiges Vermächtnis hinterläßt: »Erst der Kapitalismus bringt Zins und Rendite und damit die Ausbeutung zu einem Ende. Der Kapitalismus befreit die Arbeit aus ihrer Zinsknechtschaft« (S. 318). Ein ungewohntes Fazit, daß nicht die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit werden sollte (vgl. die Schriften von Dieter Suhr), sondern daß erst der eigentliche Kapitalismus mit einer optimalen Geldverfassung die ethische Zinsfrage lösen und beseitigen kann.

Kapitalismus ist hier charakterisiert als ein System der Kapitalakkumulation, der Ansammlung von Vermögen insbesondere zur Altersvorsorge. Der Kapitalismus entfaltete sich historisch gesehen erst durch die Ablösung der Alterssicherung über die eigenen Kinder durch die Vorsorge über Kapitalbildung. Die Entwicklung des Kapitalismus wurde aber – so Engels – beeinträchtigt durch den Übergang der Goldwährung zur heutigen Papierwährung, wodurch die zeitliche Entwicklung des Geldwerts unvorhersehbar wurde. Im Gegensatz zum Warengeld fehlt bei den heutigen Währungen »der Nagel in der Wand« als feste Werteinheit und Bemessungsgrundlage im Zeitablauf. Diese entscheidende Schwachstelle der Geldordnung hat – so Engels – nicht nur die Entwicklung des Kapitalismus zum Stillstand gebracht, sondern auch krisenanfällig gemacht. Der Analyse dieser Krisenanfälligkeit, Instabilität und Volatilität der Geld- und Kapitalmärkte widmet Engels in diesem Werk seitenmäßig die meiste Aufmerksamkeit. Immer wieder nähert er sich diesem Thema in einzelnen voneinander losgelösten Beiträgen aus unterschiedlichen Perspektiven.

Auch wenn dem Leser seine Diagnose der krisenanfälligen Finanzmärkte auf Anhieb einleuchtet, lohnt sich die Lektüre dieser meist historischen Abrisse durch den originellen Blickwinkel des journalistisch begabten Querdenkers Engels. Die Analyse und Diagnose des krisenanfälligen Kapitalismus ist zwar der thematische Schwerpunkt, aber nicht die eigentliche Botschaft dieses Buches. Das »Elend der Finanzmärkte« ist bedingt durch die fehlerhafte Papiergeldordnung, die im Zuge der Monopolisierung der Geldschöpfung weltweit entstanden ist. Engels resümiert »Bei Papiergeld ist die Verbindung zwischen der realen Welt und dem Geld gekappt. Die Gleichgewichte sind nicht immer mehr determiniert, die Selbstheilungskräfte des Marktes werden zum Zufallsmechanismus« (S. 312). Eine Hayeksche konkurrierende Geldverfassung hätte dagegen ein besseres Geld mit konkret definiertem Schuldinhalt hervorgebracht. Statt einer Währung mit Warendeckung – wie die damalige Goldwährung – würde sich im Wettbewerb ein Geld, das durch Realassets definiert ist (Aktien, Grundstücke usw.), durchsetzen. Im Gegensatz zur Warenwährung wäre eine unverzinsliche Reservenhaltung durch den privaten Emittenten bei einer Assetwährung nicht notwendig. Eine solche Währung, die auf das Marktporte-

feuille lautet, wäre ein verkleinertes Abbild des Volksvermögens, eine Art Investmentzertifikat auf einen Anteil des Volksvermögens. In Anlehnung an Hayek nennt Engels diese aus seiner Sicht optimale Währungseinheit einen „Standard" (z. B. ein Standard ist der billionste Teil des deutschen Volksvermögens). Gemessen in »Standard« wäre der Nominalzins und der Durchschnitt der Renditen auf Sachvermögen – bei vollständiger Konkurrenz zwischen den Geldemittenten – gleich Null. Die Realverzinsung des Standards würde sich durch sinkende Güterpreise ergeben. Die Realverzinsung des Geldes wäre also analog der reellen Wachstumsrate des Volksvermögens. Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritt würden bei nominal gleichbleibenden Löhnen und einem Nominalzins gleich Null durch wachsende Kaufkraft zum Ausdruck kommen.

Es wird bei näherer Betrachtung deutlich, daß diese Änderung der Währungseinheit in der von Engels als optimal bezeichneten Geldverfassung nicht bloß eine kosmetische Verschönerung durch Änderung der Meßvorschrift ist. Das Geld, als Bargeld oder Einlage gehalten, wäre gleichzeitig sowohl Kassenhaltung als auch Vermögensanlage mit identischem Liquiditätsgrad und ohne Nominalzins. Eine Differenzierung zwischen Giro- und Spareinlagen würde sich demnach erübrigen. In dieser Standard-Welt verschwindet ebenfalls die Zinsspanne zwischen Soll- und Habenzins. Stattdessen erheben die Banken Kontoverwaltungsgebühren auf der Einlagenseite und Kreditprüfungsgebühren bzw. Versicherungsprämien zur Abdeckung des Kreditausfallsrisikos. Die staatliche Aufgabe würde sich in dieser optimalen Geldverfassung reduzieren auf Definition der Währung und auf Bankenaufsicht durch Solvenzüberwachung der privaten Notenbanken.

Der Engels-Plan einer Realasset-Währung als Ergebnis einer konkurrierenden Geldverfassung ist ein bestechendes Modell. Es ist schade, daß diese alternative Geldverfassung nur in ihren Kontouren dargestellt wird, wodurch einige Fragen noch offen bleiben. Welche Auswirkungen hätte z. B. die Aufhebung der Trennung zwischen nachfragewirksamer Geldmenge und Ersparnissen? Welcher Preismechanismus sichert den Geldumlauf, wenn es zwischen Kassenhaltung und Vermögensanlage keinen Unterschied gibt? Ob mit dem Verschwinden des Nominalzinses der Kapitalismus »effizient und ehrbar« wird, bleibt dahingestellt. Es ist allerdings zu vermuten, daß mit der Einführung einer Engelschen Standard-Währung der heutige zinsbedingte Zwang zum Wirtschaftswachstum aufgehoben würde. Die Realverzinsung wäre nur noch als Ergebnis des Wachstums manifest.

Es ist zu wünschen, daß der Engels-Plan von der Wissenschaft aufgegriffen, vertieft und ergänzt wird. Der von Engels erneut zur Diskussion gestellte Grundgedanke einer konkurrierenden Geldemission als Weg zur optimalen Geldverfassung scheint im Hinblick auf die bevorstehende Einführung einer supranationalen Monopolwährung nur noch als theoretisches Gedankenspiel akademische Relevanz zu haben. Der Schein mag trügerisch sein. Die technologisch induzierte Entwicklung neuer Geldarten unter dem Sammelbegriff »Cyber-Money« oder »E-Cash« läßt konkurrierende Alternativen zur staatlichen Monopolwährung durchaus praktikabel erscheinen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß der im Anhang dieses Buches beschriebene Vorschlag zur Gründung einer privaten Währungsbank (der Standard-Bank) unter Beibehaltung der heutigen geld- und währungspolitischen Rahmenbedingungen in diesem Zusammenhang bereits aufgegriffen wurde[1]).

[1]) Siehe u. a. Reinhard Deutsch, Drei Thesen zur Modernisierung der Marktwirtschaft, Frankfurt 1997 (unveröffentlichtes Manuskript) und die www-Adresse: gold-eagle.com/analysis.

Dr. Lothar Vogel (1917–1997)

Nosos · Pathos · Ethos

Goethes Anschauung über das Wesen von
Krankheit und Gesundheit
– zur Einführung in goetheanistisch-therapeutische Kultur –

2. überarbeitete Auflage 1997 der med. Dissertation von 1944
117 Seiten, kartoniert

Inhaltsübersicht:

- Zur Erkenntnistheorie der Naturanschauungen Goethes
- Das Krankheitserlebnis Goethes
- Entwicklung der Natur-Idee
- Das Bild der Krankheit in Goethes Naturanschauungen
- Das Menschenbild in Goethes Naturanschauungen
- Gesundheit als Ausdruck naturkünstlerischer Produktivität
- Das Wesen der Krankheit (Nosos) und Gesamtnatur
- Krankheit und Ich-Natur
- Problem des Bewußtseins
- Das Krankheitsmotiv in Goethes Dichtung
- Leibesbildung und Entelechie

Herausgegeben von der Gesellschaft
zur Förderung geisteswissenschaftlicher Literatur e.V.
Pfennigäcker 78, 70619 Stuttgart

Bestellung gegen Voreinsendung von Scheck / Briefmarken oder bar.
DM 30,– (einschließlich Versandkosten) beim Herausgeber

Dr. Lothar Vogel ist Autor von »Der dreigliedrige Mensch. Morphologische Grundlage einer allgemeinen Menschenkunde« 3. Auflage Dornach 1992. –

Eine 4. überarbeitete und erweiterte Auflage ist in Vorbereitung Herausgegeben von der naturwissenschaftlichen, der pädagogischen und der medizinischen Sektion der Freien Hochschule für Geisteswissenschaft am Goetheanum, Dornach, Schweiz.

Die Autoren tragen die Verantwortung für ihre Beiträge selbst. Für nicht-verlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Gesamtinhaltsverzeichnis der in »Fragen der Freiheit« erschienenen Beiträge kann angefordert werden.

Vierteljahresschrift »Fragen der Freiheit«
Herausgeber: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.
Begründet durch Diether Vogel †, Heinz-Hartmut Vogel †, Lothar Vogel

Redaktion: Fritz Andres % Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.

Bezug: Seminar für freiheitliche Ordnung e. V.,
D-73087 Boll, Badstr. 35, Telefon (07164) 3573

Preis: Jahresabonnement DM 50,—, sfr. 40,—, ö. S. 350,—
Jahresabonnement für Schüler, Studenten und Auszubildende: DM 30,—, sfr 25,—, ö. S. 220,—
(einschließlich Versandkosten)

Einzelhefte: DM 10,— sfr. 8,—, ö. S. 70,— (zuzügl. Versandkosten)

Wer die steuerlich als gemeinnützig anerkannte Arbeit des Seminars für freiheitliche Ordnung e. V. als *förderndes Mitglied* mit einem Mindestbeitrag von DM 125,— (sfr. 100,—/ ö. S. 900) pro Jahr unterstützt, wird über die Arbeitsergebnisse durch die regelmäßige, *unentgeltliche* Lieferung der »Fragen der Freiheit« informiert.

Sammelmappen: jeweils für 1 Jahr DM 10,—, srf. 8,—, ö. S. 70,—
zuzügl. Versandkosten. Abonnement möglich

Bank: Kreissparkasse Göppingen Nr. 20011 (BLZ 610 500 00)
Raiffeisenbank Boll Nr. 482 999 004 (BLZ 600 697 66)

Postbank: Frankfurt am Main 26 1404-602 (BLZ 500 100 60)
Schweiz: Postscheckamt Bern 30-30 731/9

Nachdruck, auch auszugsweise, mit Genehmigung des Herausgebers.

Graphische Gestaltung: Fred Stolle †

ISSN 0015-928 X
Satz: Satzstudio Späth GmbH, 73102 Birenbach
Druck: Druckerei Müller, 73102 Birenbach
Printed in Germany